

WIR sind

freundlich und fair

Geschäftsbericht 2023

Sparda-Bank Südwest eG

www.sparda-sw.de

Sparda-Bank

GEMEINSAM

stark



Sparda Südwest

1899

125

2024

#gemeinsamstark

Inhalt

Vorwort des Vorstands	4
Mitbestimmung und Teilhabe	6
Wir als Arbeitgeber	8
Persönlich und digital für Sie da	10
Lagebericht 2023	13
Grundlagen der Bank	14
Wirtschaftsbericht	14
Erklärung zur Unternehmensführung	26
Risiken der künftigen Entwicklung	27
Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken	33
Bericht des Aufsichtsrats	35
Jahresabschluss 2023	37
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	58
Impressum	67

Auch wenn in diesem Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit teilweise ausschließlich die männliche und/oder weibliche Form verwendet wird, gelten jegliche Personenbezeichnungen gleichermaßen für alle Geschlechteridentitäten.



WERTE leiten unser Handeln

Der Vorstand der Sparda-Bank Südwest eG von links: Frank Jakob, Manfred Stang (Vorstandsvorsitzender), Tobias Meurer

Liebe Leserin, lieber Leser,

in unserem Geschäftsbericht 2023 finden Sie alle wichtigen Informationen über den Verlauf der Geschäftsentwicklung unserer Sparda-Bank Südwest eG im vergangenen Geschäftsjahr.

Das Jahr 2024, in dem dieser Bericht erscheint und Sie ihn lesen, ist für unsere Genossenschaftsbank ein ganz besonderes Jahr: Wir feiern unser 125-jähriges Bestehen.

Die Sparda-Bank Südwest eG ist DIE Bank für Privatkunden. Unsere Kundinnen und Kunden sind gleichzeitig unsere Mitglieder, Miteigentümerinnen und Miteigentümer. Für sie geben wir jeden Tag unser Bestes. Unsere Qualitätsansprüche stellen wir dank unserer großartigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicher. Mehr als 750 Menschen arbeiten bei der Sparda-Bank Südwest eG und sie alle setzen sich mit Herzblut und Kompetenz dafür ein, unsere

**„125 JAHRE SPARDA-BANK SÜDWEST –
DAS SIND 125 JAHRE ENGER
ZUSAMMENHALT UND GROßES
ENGAGEMENT FÜR UNSERE REGION“**

Gemeinschaft weiter zu stärken. Denn genau das sind wir: Eine starke Gemeinschaft, die nachhaltige Werte lebt und bei der der Mensch ganz klar im Mittelpunkt steht.

„TRADITION & VISION, MENSCHLICHKEIT & ERFOLG“

Darauf basiert auch unser Leitbild „Tradition & Vision, Menschlichkeit & Erfolg“. Diese Werte leiten unser tägliches Handeln. Sie inspirieren uns dazu, die beste Bank für Privatkunden, Baufinanzierer Nummer 1 in unserer Region und ein attraktiver Arbeitgeber für unsere Beschäftigten zu sein. Die Förderung unserer Mitglieder ist schon seit 125 Jahren unser oberstes Ziel – und das bleibt es auch in Zukunft.

Seit 1899 übernimmt unsere Genossenschaftsbank, die ursprünglich als „Spar- und Darlehenskasse“ gegründet wurde, gesellschaftliche Verantwortung. „#gemeinsamstark“ ist in diesem Jubiläumsjahr daher unser Motto, denn eine lebenswerte Zukunft lässt sich nur als starke Gemeinschaft gestalten.

Im Jubiläumsjahr sind viele Aktionen und Angebote geplant, mit denen wir Sie alle das Jubiläum erleben lassen und Sie begeistern wollen. Dazu gehört zum Beispiel die Rückkehr unseres Girokontos ohne Kontoführungsgebühren. Es freut uns ganz besonders, Ihnen diesen „Klassiker“ endlich wieder anbieten zu können.

125 Jahre Sparda-Bank Südwest eG – das sind 125 Jahre enger Zusammenhalt und großes Engagement für unsere Region. Und wir sagen ganz herzlich DANKE an unsere Kundinnen und Kunden, dass sie uns schon so lange ihr Vertrauen schenken. Unser Dank gilt außerdem unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Mitgliedervertreterinnen und -vertretern, den Mitgliedern des Betriebsrats und des Aufsichtsrats sowie unseren Kooperationspartnern, Dienstleistern und dem Verband der Sparda-Banken e. V. für die vertrauensvolle, engagierte Zusammenarbeit. Was die Sparda-Bank Südwest eG seit jeher im Kern auszeichnet, daran hat sich bis heute nichts geändert: Unsere Unternehmenskultur ist durch den Genossenschaftsgedanken und insbesondere durch einen freundlichen und fairen Umgang untereinander geprägt. Wir sind überzeugt, dass gerade in herausfordernden Zeiten der Faktor Mensch ein wichtiger Differenzierungsfaktor ist.

„UND WIR SAGEN GANZ
HERZLICH DANKE“

Unser Jubiläum markiert nicht nur einen Meilenstein in der Geschichte der Sparda-Bank Südwest eG, es ist ein Versprechen in die Zukunft. Denn nur gemeinsam sind wir stark – das galt gestern, das gilt heute und das gilt natürlich auch morgen.

Wir freuen uns darauf, diesen Weg als starke Gemeinschaft zusammen mit Ihnen weiterzugehen!

Der Vorstand der Sparda-Bank Südwest eG

Manfred Stang
Vorstandsvorsitzender

Frank Jakob

Tobias Meurer

Mitbestimmung und Teilhabe

Am 29. Juni 2023 war es wieder so weit: Die gewählten Mitgliedervertreterinnen und -vertreter trafen sich zur ordentlichen Vertreterversammlung in der Rheingoldhalle Mainz. Als hybride Veranstaltung durchgeführt, gab es außerdem die Möglichkeit, online teilzunehmen. Im Rahmen der Vertreterversammlung fanden auch Wahlen zum Aufsichtsrat statt. Satzungsgemäß endeten in diesem Jahr die Mandate von Hugo Müller, Ruben Schölles und Michael Zapp. Alle drei wurden im Amt bestätigt. Der Aufsichtsrat bestätigte zudem Gitta Wild als Aufsichtsratsvorsitzende sowie Michael Hattemer und Hugo Müller als stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende im Amt.

Vertreterversammlung

Alle fünf Jahre wählen die Mitglieder der Sparda-Bank Südwest eG die Vertreterversammlung als oberstes Organ der Bank. Sie vertritt die Interessen unserer Mitglieder und bestimmt in wesentlichen Angelegenheiten das Handeln unserer Gemeinschaft mit. Das Gremium beschließt zum Beispiel die Höhe der Dividende, entlastet Vorstand und Aufsichtsrat und wählt den neuen Aufsichtsrat.



MITBESTIMMUNG

und Teilhabe

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt den Vorstand und überwacht dessen Geschäftsführung. Er wird zu zwei Dritteln von der Vertreterversammlung gewählt. Gemäß Drittelbeteiligungsgesetz wird ein Drittel aus der Belegschaft gestellt und von dieser gewählt.

Mitglieder des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der Sparda-Bank Südwest eG (von links nach rechts): Ralf Damde, Michael Zapp, Patrick Kockler, Ruben Schölles, Anna Gabler, Thomas Huck, Nadine Schwarzkopf, Ernst Scharbach, Gitta Wild (Vorsitzende), Michael Hattemer (stellv. Vorsitzender), Pia Puhl, Ulrich Schmidt, Michael Schneider, Hugo Müller (stellv. Vorsitzender), Uli Möhler



Vorstand

Der Vorstand leitet die Geschäfte der Bank eigenverantwortlich unter Beachtung von Genossenschaftsgesetz und Satzung.

Mitglieder des Vorstands

Manfred Stang (Vorstandsvorsitzender), Frank Jakob, Tobias Meurer

Generalbevollmächtigter

Alexander Rabe

Prokuristinnen

Christine Hoffmann, Katharina Marchetti

Stand: März 2024

Fotos: Torsten Zimmermann



Herzlich willkommen! 17 unserer 20 neuen Auszubildenden sind hier mit Katarina Wilhelm und Daniela Heckmann (Ausbildungsleitung) zu sehen.



Vom 28. August bis zum 01. September 2023 besuchten unsere neuen Azubis direkt ihre erste Workshopwoche.

Wir als Arbeitgeber

Unsere Werte sind der Kern unserer Identität als Unternehmen, als Gemeinschaft und als Arbeitgeber. Genossenschaft ist nicht nur die Rechtsform, der wir uns gemäß unserer Satzung verpflichtet sehen. Sie ist die Grundlage für unser Wertesystem und damit der maßgebliche Bezugspunkt für unsere Arbeit und unser Miteinander. In der Praxis heißt das: Unser tägliches Handeln wird von den Werten Fairness, Einfachheit, Verantwortung und Gemeinschaft bestimmt. Sie sind die Essenz dessen, was wir unter Genossenschaft verstehen.

Ausbildung – praxisorientiert und engagiert

Wir bieten eine praxisorientierte Ausbildung. Vom ersten Tag an sind unsere Azubis mit-tendrin im Geschehen. So lernen sie in der Praxis für die Praxis und können schon früh Verantwortung übernehmen. Natürlich stehen ihnen dabei erfahrene Kolleginnen und Kollegen stets zur Seite. Fester Bestandteil unseres Ausbildungskonzepts sind auch themenspezifische Seminare. Hier wird unseren Azubis Fachwissen vermittelt, das sie direkt in der Praxis erproben können. Wir bieten zahlreiche Benefits, sehr gute Übernahme-mechanismen und tolle Weiterbildungsmöglichkeiten.

Am 01. August 2023 ging es für unsere neuen Azubis mit vier Welcome Days in Saarbrücken Burbach los, an denen sie direkt jede Menge Sparda-Luft schnuppern konnten. Zu Beginn waren viele noch ein bisschen aufgereggt, doch die anfängliche Nervosität wich ganz schnell einer lockeren Atmosphäre, in der sich alle wohlfühlten. Bereits nach zwei Stunden stand das Motto des Azubi-Jahrgangs 2023 fest: #Teamwork!

Projektarbeit ist ein wichtiger Baustein in der Ausbildung zur Bankkauffrau bzw. zum Bankkaufmann. Außerdem zählt gemeinnütziges Engagement seit jeher zum Selbstverständnis unserer Genossenschaftsbank. Daher ist es keine Überraschung, dass unsere Azubis Jahr für Jahr



eigenständig ein Sozialprojekt organisieren. Die Azubis des Jahrgangs 2022 haben sich im Jahr 2023 für etwas besonders Dynamisches entschieden: einen Spendenlauf! Los ging es am 15. Juli im Friedrich-Moebus-Stadion in Bad Kreuznach. Insgesamt nahmen 90 Läuferinnen und Läufer teil. Neben den Azubis waren viele weitere Kolleginnen und Kollegen aus unserer Bank am Start. Insgesamt wurden 1.030 Runden gelaufen. Mit 3 Euro pro Runde kamen so 3.090 Euro zusammen, die unser Gewinnsparverein an Herzenssache e. V. übergab. Wir danken unseren Azubis für ihr tolles Engagement und allen Läuferinnen und Läufern fürs Mitmachen.



Die Bad Kreuznacher Landrätin Bettina Dickes (Mitte) mit einigen Azubis des Jahrgangs 2022 im Friedrich-Moebus-Stadion.

Betriebsjubiläen

Wir sind eine starke Gemeinschaft und setzen im Umgang mit unseren Kundinnen und Kunden genau wie im Umgang miteinander auf Respekt, Fairness, einen Austausch auf Augenhöhe sowie Solidarität und Gemeinschaftssinn. Viele langjährige Betriebszugehörigkeiten beweisen: Wir bieten mehr als nur einen Job! Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden bei ihrer Sparda-Bank Südwest eG eine echte berufliche Heimat.

Wir gratulieren allen Jubilarinnen und Jubilaren 2023

10 Jahre Selina Bechtel, Teresa Benz, Sabine Erber, Isabelle Falk, Natascha Jiao, Julia Krey, Belisa Smailji, Carsten Thönnies, Benjamin Veith

25 Jahre Oliver Aatz, Tanja Bartsch, Martina Berg, Claudia Bettinger, Sabine Buchholz, Björn Dauer, Silvia Dufleaux, Jochen Düttra, Dirk Espenschied, Simone Fichter, Jördis Freitag, Jutta Gohr, Gerhard Jobelius, Daniela Jutzy, Silvia Konetzny, Karl Kunze, Stefanie Lorenz, Torsten Marx, Rudolf Nelz, Erna Peter, Sandra Schmitt, Jennifer Schömbis, Ilona Schreiner, Ilona Schubert-Axt, Silke Siffrin, Jessic Wellhausen, Corinna Zell

30 Jahre Jochen Bechtel, Heidrun Becker, Frank Buchmann, Karin Faber, Silvia Fischer, Simone Freund, Christiane Hager-Endres, Ralph Heimfarth, Frank Heinzmann, Pia Iervolino, Alexander Jung, Alexandra Kegel, Petra Kohler, Norbert Krämer, Nicole Babette Kuhn, Susanne Lampel, Reiner Löw, Martina Luger, Kerstin Maus, Roswitha Mielcarek, Frank Müller, Silke Müller, Ralf Müller-Wellhausen, Ulrike Ney, Nicole Schäfer, Volker Schleinkofer, Claus-Jürgen Schmidt, Sandra Seeber, Uwe Silberberg, Gary Spiegelberg, Nicole Weinland, Sabine Wolff, Ursula Zeitz

40 Jahre Frank Becker, Uwe Gohr, Sabine Haug, Patric Keßler, Stefanie Metzger

PERSÖNLICH

und digital für Sie da

Unser Geschäftsgebiet



Stand: 1. Februar 2024



Senay Kadero, Privatkundenbetreuerin, Daniel Behrendt, Spezialist Finanzierung, und Kathrin Preil, Spezialistin Finanzierung, gehören zum 2023 neu ins Leben gerufenen Team für Videoberatungen.

Wir sind in 34 Filialen vor Ort sehr gerne persönlich, von Mensch zu Mensch für unsere Kundinnen und Kunden da. Der Filialservice ist ein fester Bestandteil unserer Identität als Filialbank. Doch nicht immer ist es unseren Mitgliedern möglich oder auch notwendig, in die Filiale zu kommen. Dann lassen sich Anfahrtswege, Parkplatzsuche und Zeitaufwand vermeiden.

Bei uns haben die Kundinnen und Kunden immer die Wahl, auf welchem Weg sie mit uns in Kontakt treten und ihre Bankgeschäfte erledigen möchten. Dabei können sie ihren Zugangsweg zu uns jederzeit, je nach Anliegen oder persönlichen Vorlieben wechseln und kombinieren: Filiale vor Ort, Online-Service, Telefon- und Video-Beratung – wir sind immer für Sie da!

Im anspruchsvollen und nicht selten stressigen Alltag hat man nicht immer Zeit, seine Bankgeschäfte persönlich in der Filiale zu erledigen. Oftmals sind es lediglich Kleinigkeiten, die geändert oder erfragt werden müssen, zum Beispiel eine Namensänderung, die Mitteilung einer neuen Adresse wegen Umzugs oder die Änderung Ihres Online-Überweisungslimits. Mit unseren Online-Services können Sie ausgewählte Bankgeschäfte direkt online in die Wege leiten – und das 24 Stunden am Tag an 365 Tagen im Jahr, egal wo Sie sich befinden. Unabhängig vom Alter nutzt bereits rund die Hälfte unserer Kundinnen und Kunden das SpardaOnline-Banking.

Deshalb investieren wir weiterhin nicht nur in unsere Filialen vor Ort, sondern auch in den Ausbau unserer digitalen Dienstleistungen und Services. So ergänzen wir 2024 unsere digitalen Services um Digitale Serviceberater/-innen in ausgewählten Filialen. Seit 2023 bieten wir Telefon- und Videoberatung zu Privatkrediten oder Baufinanzierung an und haben dazu ein neues Team ins Leben gerufen, das sich ausschließlich um digitale Beratungswünsche kümmert. Dieser zusätzliche Service wird sehr gut angenommen – allein im Zeitraum vom 08. Mai bis 31. Dezember 2023 wurden 796 Kundinnen und Kunden per Video und Telefon beraten. Das ist für uns eine Bestätigung, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Mehr Informationen unter www.sparda-sw.de/videoberatung

Lagebericht 2023

- I. Grundlagen der Bank

- II. Wirtschaftsbericht

- III. Erklärung zur Unternehmensführung

- IV. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

- V. Voraussichtliche Entwicklung
mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Lagebericht 2023

I. Grundlagen der Bank

Die Sparda-Bank Südwest eG wurde im Jahr 1899 als Spar- und Darlehenskasse von Eisenbahnern gegründet. Sie ist heute eine regionale Genossenschaftsbank und spezialisiert auf Privatkunden. Ihr Geschäftsgebiet umfasst im Wesentlichen Rheinland-Pfalz und das Saarland.

Sie gehört zu den mitgliederstärksten Genossenschaftsbanken in Deutschland. Die Kundinnen und Kunden der Sparda-Bank sind als Mitglieder gleichzeitig auch Eigentümer ihrer Bank. Mitbestimmung gehört zur Grundidee einer Genossenschaft. Zu unseren Werten gehören Fairness, Einfachheit, Sympathie und Gemeinschaft. Aufgrund dieser genossenschaftlichen Struktur agiert die Sparda-Bank Südwest eG schon immer nach ökonomischen, ökologischen und sozialen Grundsätzen mit dem Ziel der langfristigen und nachhaltigen Erfolgs- und Existenzsicherung. Der Unternehmenszweck der Genossenschaftsbank ist die wirtschaftliche Förderung ihrer Mitglieder.

Zum Kerngeschäft der Bank zählen alle Finanzdienstleistungen rund um die Bedürfnisse privater Kundinnen und Kunden. Ein Schwerpunkt liegt auf der Finanzierung von privatem Wohneigentum.

Die Organe der Bank sind die Vertreterversammlung (304 Mitgliedervertreterinnen und -vertreter, Stand 31. Dezember 2023), der Aufsichtsrat (15 Mitglieder, davon 5 Arbeitnehmervertreter) sowie der Vorstand. Unsere Genossenschaft ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Damit ist aus dem Garantieverbund für das Geschäftsjahr 2023 die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zur Höhe von 17,5 Mio. EUR verbunden.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Finanzmärkte im Jahr 2023

Leichter Rückgang der Wirtschaftsleistung

Im Jahr 2023 beeinträchtigten die Spätfolgen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine und der Coronapandemie die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands. Wegen dieser Belastungen sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 %, nachdem es 2022 noch merklich zugelegt hatte (+1,8 %). Die Inflationsrate verminderte sich zwar von 6,9 % im Jahresdurchschnitt 2022 auf 5,9 % 2023. Der Preisauftrieb blieb damit aber weiterhin ausgesprochen hoch.

Dämpfende Einflüsse überlagern sich

Die bereits Ende 2022 im Zuge des Ukrainekriegs eingetretene wirtschaftliche Schwächephase dauerte im Wesentlichen das gesamte Jahr 2023 an. Dabei überlagerten sich die dämpfenden Einflüsse vielfach. Die bis ins Frühjahr bestehenden Hoffnungen auf eine konjunkturelle Erholung erfüllten sich nicht. Zu Jahresbeginn wurde die Konjunktur vor allem durch die nur langsam schwindenden Belastungen durch die hohe Inflation, die Materialengpässe und die teilweise noch bestehenden Coronaschutzmaßnahmen gedämpft. Im weiteren Jahresverlauf belasteten dann verstärkt die von den westlichen Notenbanken in Reaktion auf die Inflation vorgenommenen kräftigen Leitzinsanhebungen die wirtschaftliche Situation in Deutschland und weltweit. Überlagert wurden diese Einflüsse auch von dem andauernden Arbeits- und Fachkräftemangel hierzulande und den hohen Unsicherheiten, beispielsweise über die Folgen des Ende 2023 eskalierenden Nahostkonflikts und den wirtschaftspolitischen Kurs in Deutschland nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfas-

sungsgerichts im November. In Reaktion auf das Urteil musste die Bundesregierung zum Jahresende in ihrer Finanzplanung deutliche Kürzungen und Einsparungen vornehmen.

Inflation hemmt den Privatkonsum

Nach einem durch die Erholung von der Coronakrise getriebenen kräftigen Zuwachs im Vorjahr um 3,9 % gingen die privaten Konsumausgaben 2023 preisbereinigt um 0,7 % zurück. Hauptgrund war der kräftige Anstieg der Verbraucherpreise, der die Kaufkraft der Einkommen vieler Haushalte deutlich dämpfte. Vor allem in Bereichen, in denen die Preise auf dem hohen Stand des Vorjahres verharrten oder sogar weiter zulegten, kam es zu rückläufigen Ausgaben. Die Privathaushalte gaben insbesondere für Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgeräte (-6,3 %) sowie Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (-4,5 %) erheblich weniger aus, trotz der vielfach deutlichen Lohn- und Gehaltssteigerungen und der insgesamt robusten Arbeitsmarktlage. Die staatlichen Konsumausgaben verminderten sich mit dem Wegfall von pandemiebedingten Sonderausgaben ebenfalls. Der Staatskonsum, der 2022 noch um 1,6 % gestiegen war, sank um deutliche 1,5 %. Insgesamt trugen die Konsumausgaben mit einem Beitrag von -0,7 Prozentpunkten wesentlich zum Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts bei.

Gespaltene Investitionskonjunktur

Ähnlich wie bereits im Vorjahr zeigte sich die Investitionskonjunktur gespalten. Einerseits legten die Investitionen in Ausrüstungen wie Fahrzeuge und Maschinen erneut zu, wenn auch schwächer als 2022 (+3,0 % nach +4,0 %). Hier stützten die abnehmenden Lieferengpässe die Entwicklung, die eine sukzessive Abarbeitung der aufgestauten Auftragsbestände ermöglichten. Andererseits gaben die Bauinvestitionen, die im Vorjahr um 1,8 % gesunken waren, abermals nach. Sie wurden noch stärker als die Ausrüstungsinvestitionen durch die rasant steigenden Leitzinsen ausgebremst und verminderten sich, trotz eines witterungsbedingt günstigen Jahresauftakts, um 2,7 %. Neben dem zinsbedingten Nachfragerückgang, von dem der Wohnungsbau noch stärker als der Gewerbebau betroffen war, belastete die nur langsam nachlassende Baupreisdynamik das Investitionsgeschehen. Alles in allem ging von den Bruttoanlageinvestitionen ein leicht negativer Impuls (-0,1%) für das preisbereinigte Wirtschaftswachstum aus.

Schwacher Außenhandel

Der grenzüberschreitende Handel der deutschen Wirtschaft konnte 2023 nicht an die deutlichen Zuwächse während der Erholung von der Coronakrise im Jahr 2022 anknüpfen. Sowohl die Exporte als auch die Importe sanken um 2,2 % beziehungsweise 3,4 %, nachdem sie im Vorjahr noch um 3,3 % und 6,6 % gestiegen waren. Maßgeblich für den Rückgang des Exportgeschäfts war die im Jahresverlauf schwächer werdende weltwirtschaftliche Gangart. Zudem belasteten die hohen inländischen Energiekosten die deutschen Exportunternehmen, insbesondere in den energieintensiven Produktionsbereichen wie der chemischen Industrie. Dämpfend auf die Importe wirkte wiederum die schwache inländische Produktions- und Konsumententwicklung. Da die Importe jedoch stärker sanken als die Exporte, wirkte der Außenhandel als Ganzes rechnerisch mit einem Wachstumsbeitrag von +0,6 Prozentpunkten dem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts entgegen.

Niedrigeres Finanzierungsdefizit des Staates

Die staatlichen Einnahmen expandierten 2023 mehr als die Ausgaben. Befördert wurde das Einnahmenwachstum vor allem aufgrund steigender Sozialbeiträge und höherer Verkaufserlöse, unter anderem aus Anhebungen von städtischen Gebühren und von Eintrittsgeldern für öffentliche Einrichtungen. Stärkste Treiber des Ausgabenwachstums waren Anpassungen bei den Renten und Pensionen sowie höhere Zinsaufwendungen. Hinzu kamen umfangreiche Mehrausgaben zur Abmilderung der Energiekrise, wie die Zahlungen für die Gas-, Fernwärme- und Strompreiskontrollen.

der Bundesregierung. Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit gab in Relation zum nominal kräftig gestiegenen Bruttoinlandsprodukt leicht von 2,5 % im Vorjahr auf 2,1 % nach. Die staatliche Schuldenquote, die 2022 noch bei 66,1 % lag, dürfte auf rund 65 % gesunken sein. Erste amtliche Angaben zur Schuldenquote im Jahr 2023 werden voraussichtlich Ende April 2024 veröffentlicht.

Robuste Arbeitsmarktlage

Trotz der allgemeinen Konjunkturschwäche blieb der Arbeitsmarkt in einer soliden Grundverfassung. Zwar stieg die Arbeitslosenzahl in der Statistik, auch wegen der verstärkten Erfassung Geflüchteter, von 2,4 Millionen Menschen im Vorjahr auf 2,6 Millionen Menschen. Die Arbeitslosenquote befand sich mit 5,7 % aber nach wie vor auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau und nur leicht über dem Stand von 2022 (+5,3 %). Zudem hielt der Beschäftigungsaufbau an. Die Erwerbstätigenzahl kletterte im Vorjahresvergleich um rund 300.000 auf einen neuen Rekordwert von gut 45,9 Millionen Menschen.

Inflationsrate nach Höchststand etwas gesunken

Nachdem die jährliche Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex 2022 mit 6,9 % den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht hatte, ging sie 2023 etwas zurück. Im Jahresdurchschnitt lag die Inflationsrate bei 5,9 %, wobei die Monatswerte einen klar rückläufigen Trend zeigten. So ist die Inflationsrate ausgehend von den im Januar und Februar mit jeweils 8,7 % markierten Maximalwerten bis November und Dezember auf Jahrestiefstände von 3,2 % und 3,7 % gefallen. Generell haben sich die Triebkräfte der Inflation verschoben, weg von den Importpreisen hin zur Binnenteuerung. Verantwortlich für den Rückgang der Gesamtteuerung war in erster Linie der nachlassende Preisanstieg bei Energie. Angesichts staatlicher Entlastungsmaßnahmen und rückläufiger Notierungen für Energieträger verteuerten sich Energieprodukte 2023 um unterdurchschnittliche 5,3 %, nach einem enormen Anstieg um 29,7 % im Vorjahr. Bei Nahrungsmitteln hielt hingegen der hohe Preisauftrieb nahezu ungebremst an. Sie verteuerten sich um 12,4 %, nach einer Erhöhung um 13,4 % im Vorjahr.

Die Finanzmärkte sehen Zins- und Inflationsgipfel erreicht

Das langsame, noch andauernde Abklingen des Inflationsschocks des Jahres 2022 dominierte das vergangene Jahr 2023 an den Finanzmärkten. Die Notenbanken setzten ihre geldpolitischen Straffungen aus dem Vorjahr fort und erhöhten ihre Leitzinsen weiter. Beide Notenbanken erreichten damit 2023 innerhalb 18 Monaten Erhöhungsphase die höchsten Leitzinsniveaus seit der globalen Finanzkrise von 2008; im Falle der EZB die höchsten seit Einführung des Euro. Im Zuge dieser Zinspolitik sanken die konjunkturellen Aussichten der Weltwirtschaft aufgrund der steigenden Finanzierungskosten. Auch die Entwicklung in der Volksrepublik China trug zur einsetzenden Konjunkturbremsung bei, da das dortige Wachstum durch eine Immobilienkrise und Nachwirkungen der strengen Nullcovidpolitik geschwächt wurde. Geopolitische Unsicherheiten wie der andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der durch den Terrorangriff der Hamas auf Israel intensivierte Nahostkonflikt oder die Rivalität zwischen China und den USA belasteten die Konjunkturaussichten ebenfalls. Die Finanzmärkte entwickelten sich trotz dieser Belastungen jedoch eher positiv und bewerteten die rückläufigen Inflationsraten des Jahres 2023 als Zeichen für schneller als erwartet folgende Zinssenkungen im Jahr 2024. So fiel die Verbraucherpreisinflation in den USA zum Jahresende auf 3,4 %, nachdem sie im Januar 2023 noch bei mehr als doppelt so hohen 6,4 % gelegen hatte. Im Euroraum war sie im selben Zeitraum von 8,6 auf 2,9 % gefallen. Zwar entwickelte sich die für die Geldpolitik maßgebliche Kernrate, die um die schwankungsanfälligen Komponenten Energie und Nahrung bereinigt ist, weniger dynamisch. Sie fiel in den USA von 5,6 auf 3,9 % und im Euroraum von 7,1 auf ebenfalls 3,9 %. Doch die Finanzmärkte reagierten stark auf die Rückgänge, wodurch Aktien- und Anleihekurse vor allem in der Jahresendrallye deutlich zulegten.

USA: Fed lässt Zinserhöhungszyklus auslaufen

Die US-Notenbank Fed beendete am 27. Juli 2023 ihren geldpolitischen Straffungskurs bei einem Leitzinskorridor von 5,25 bis 5,5 %. Damit erhöhte die Fed ihre Zinsen 2023 noch um 100 Basispunkte, nachdem sie 2022 mit 425 Basispunkten das Gros ihrer geldpolitischen Reaktion auf den Inflationsschock bereits vollzogen hatte. Den Abbau ihrer Bestände an Staatsanleihen und mortgage-backed securities (hypothekarisch besicherten Wertpapiere) setzte die US-Notenbank in dem von ihr 2022 festgelegten Tempo fort.

Von August bis Dezember 2023 hielt die Fed ihre Leitzinsen stabil und kündigte an, diesen Kurs bis ins Jahr 2024 beibehalten zu wollen. Senkungen der Leitzinsen schloss die Fed in ihrer Außenkommunikation auch für 2024 bis zu jenem, noch zu erreichenden Zeitpunkt aus, an dem die Inflation gesichert zum Zielwert von 2 % zurückkehrt. Weitere Zinserhöhungen hielt sie sich für den Fall wieder steigender Inflation hingegen explizit offen, trotz zum Jahresende rückläufiger Kerninflationsraten.

Europa: EZB erhöht Leitzinsen um 200 Basispunkte auf höchstes Zinsniveau ihrer Geschichte

Nachdem die Europäische Zentralbank ihre Leitzinsen 2022 um 250 Basispunkte erhöht hatte, vollzog sie 2023 sechs weitere Zinserhöhungen um 200 Basispunkte. Am 20. September 2023 erreichten die Leitzinsen ihren vorläufigen Höhepunkt mit 4 % für die Einlagefazilität und 4,5 % für die Hauptrefinanzierungsfazilität sowie 4,75 % für die Spitzenrefinanzierungsfazilität. Damit überschritt die EZB erstmals ihr vor der Finanzkrise erreichtes Leitzinsniveau, als die Einlagefazilität im Maximum bei 3,25 % gelegen hatte. Auf den nachfolgenden Sitzungen bis zum Jahresende bestätigte die EZB dieses Zinsniveau und kündigte an, es so lange aufrecht halten zu wollen, bis die Inflation das mittelfristige EZB-Ziel von 2 % wieder erreiche.

Parallel zu ihren Leitzinserhöhungen fuhr die EZB auch ihre Anleihekaufprogramme weiter zurück, um dadurch ihre restriktive Geldpolitik zu verstärken. Dadurch ging die zusätzliche Nachfrage der Notenbank an den Anleihemärkten deutlich zurück, die in der Niedrigzinsphase dazu gedient hatte, die langfristigen Zinsen durch Übernachfrage zu senken. Indem sie diese Nachfrage entzog, wollte die EZB diese Zinsen wieder steigen lassen und damit die Wirkung ihrer zuerst die kurzen Fristen beeinflussenden Leitzinsen unterstützen. Ab Juli 2023 wurden fällig werdende Anleihen im Portfolio des 2014 eingeführten Programms APP nicht wieder reinvestiert, nachdem sie zuvor noch teilweise reinvestiert worden waren. Im Schnitt wurden 2023 monatlich ungefähr 27,6 Mrd. EUR APP-Volumen nicht wieder reinvestiert. Auf der letzten geldpolitischen Sitzung am 14. Dezember 2023 entschied die Notenbank zudem, fällig werdende Anleihen des 2020 aufgelegten Pandemiekaufprogramms PEPP ab Juli 2024 nur noch teilweise zu reinvestieren. Das Portfolio solle im Schnitt monatlich um 7,5 Mrd. EUR schrumpfen. Zum Jahresende 2024 sollen, laut Erklärung des EZB-Präsidiums, die Reinvestitionen komplett eingestellt werden. Das PEPP-Portfolio belief sich zum Jahresende 2023 auf rund 1,7 Billionen EUR, das APP-Portfolio auf rund 3 Billionen EUR.

Anleihenachterbahn mit finalen Kursgewinnen

Inflations- und Zinserwartungen sowie die tatsächlichen Entscheidungen der Notenbanken prägten die Anleihenmärkte 2023 in Form hoher Volatilität. Das Jahr begann, nach den starken Kursverlusten durch Kriegs-, Inflations- und Zinsschocks 2022, mit einer Erholung. In der Folge fielen die Renditen der Staatsanleihen. So belief sich die Rendite der zehnjährigen deutschen Staatsanleihe am 02. Februar 2023 auf 2,07 %, nach noch 2,56 % an Neujahr. Aufgrund der weiterhin restriktiven Politik der Notenbanken stiegen die Renditen danach jedoch wieder an. In der Spitze erreichte die zehnjährige Bundesanleihe am 02. März 2023 eine Rendite von 2,75 %. Im Zuge der US-Regionalbankenkrise und der Schieflage der Credit Suisse, die zu einer von den Schweizer Behörden organisierten Zusammenlegung mit dem Schweizer Konkurrenten UBS führte, fiel diese Rendite jedoch bis zum 20. März auf 2,1 % zurück.

Dieses Auf und Ab setzte sich im weiteren Jahresverlauf fort. Im Vorfeld der geldpolitischen Sitzungen der Notenbanken, vor allem der Fed und der EZB, stiegen oder fielen die Renditen teils deutlich. Im Nachgang der Sitzungen setzte in der Regel eine zum Vorfeld gegenläufige Korrektur ein. Gleiches galt für neue Inflationszahlen aus den USA oder Europa. Bis Ende September tendierten die Renditen dabei aufwärts und die Kurse abwärts. Die zehnjährige Bundesanleihe erreichte ihre maximale Rendite von 2,97 % am 28. September 2023.

Im vierten Quartal und insbesondere zum Jahresende erholten sich die Kurse der Anleihen jedoch deutlich, wodurch die zugehörigen Renditen sanken. Die zehnjährige Bundesanleihe erwirtschaftete zum Jahresende mit 2,03 % ein Fünftel weniger Rendite als zum Jahresanfang. Ähnlich entwickelten sich andere Anleihen des Euroraumes, während amerikanische und britische Anleihen zwar ebenfalls Kursgewinne zum Jahresende verzeichneten, wegen der unterschiedlichen Zinszyklen damit aber nur auf die Niveaus des Jahresauftakts zurückfielen. Die Anleihen folgten hierbei den Erwartungen der Märkte an eine 2024 deutlich sinkende Inflation mit entsprechenden Leitzinssenkungen der Notenbanken.

Euro stabilisiert sich mit geopolitischer Lage und Leitzinserhöhungen der EZB

Die europäische Gemeinschaftswährung wertete im Verlauf des Jahres 2023 leicht von 1,07 US-Dollar auf 1,10 US-Dollar auf. Dabei profitierte die Gemeinschaftswährung von der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die ihre Leitzinsen um 200 Basispunkte erhöhte, während die US-Notenbank Fed ihre Leitzinsen um niedrigere 100 Basispunkte an hob. Dies verringerte den Zinsabstand der großen Währungsräume und ließ den Euro als Devisenattraktiver werden. Weiterhin profitierte die Gemeinschaftswährung von der insgesamt erfolgreichen Selbstverteidigung der Ukraine gegen Russlands Invasion. Diese ließ Sorgen um ein Übergreifen der russischen Aggression auf andere europäische Staaten stärker in den Hintergrund treten. Der geopolitische Risikoabschlag des Euro gegenüber dem Dollar sank auf das Gesamtjahr gesehen.

Dennoch blieb der Euro relativ zum Dollar anfällig und reagierte insbesondere auf Veränderungen der geopolitischen Lage und das Zinsverhalten der EZB. So sank der Euro vom 30. August bis zum 13. Oktober von 1,09 auf 1,05 US-Dollar. In dieser Zeitspanne beendete die EZB einerseits ihre Zinserhöhungen, während andererseits die Hamas mit ihren Terrorangriffen auf Israel einen kriegsähnlichen Konflikt entfachte. Da dieser Konflikt im weiteren Verlauf des Jahres 2023 aber weitgehend isoliert blieb und die Finanzmärkte zum Jahresende für die Fed bereits deutliche Leitzinssenkungen im Jahr 2024 einpreisten, konnte sich der Euro wieder erholen und mit 1,10 Dollar das Jahr 2023 beschließen.

DAX schließt nahe Rekordhoch

Die Aktienmärkte setzten zum Jahresauftakt die Erholung von Ende 2022 fort. Der DAX stieg vom 01. Januar bis zum 09. März 2023 um 12,3 % auf 15.633,21 Punkte. Anschließend erschütterte jedoch die Krise der US-Regionalbanken die Finanzmärkte, insbesondere die plötzliche Zahlungsunfähigkeit der Silicon Valley Bank. Dies löste einen Schock auf den Aktienmärkten aus. Der DAX etwa verlor bis zum 17. März 5,5 % seines Kurswertes. Die Verluste konzentrierten sich dabei auf Finanzwerte. Zugleich führte die Unsicherheit in den USA, aber auch global zu größeren Bewegungen von Bankeinlagen, insbesondere von solchen oberhalb der Einlagensicherungsgrenzen. Die Krise kulminierte mit der Fusion der Schweizer Großbanken Credit Suisse und UBS am 19. März, die die Schweizer Behörden zur Abwicklung der erstgenannten Bank organisiert hatte. Dieser Akt konnte die Märkte beruhigen und ermöglichte eine Erholung der Aktienmärkte.

Diese Erholung flachte zum Sommer hin ab, setzte sich aber trotz wiederkehrender Volatilität insbesondere um die Leitzinsentscheide der Notenbanken fort. Ende Juli notierte der DAX bei 16.446,83

Punkten und damit 18,1 % über seinem Jahreseinstandswert. Über den Spätsommer und beginnenden Herbst gingen die Kurse wieder leicht zurück, nachdem sich optimistische Einschätzungen des ersten Halbjahres nicht oder nur teilweise bewahrheitet hatten. Diese Korrektur erreichte ihren Tiefpunkt mit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 07. Oktober 2023, auf den Israel mit einer Militäroffensive gegen die Hamas im Gazastreifen antwortete. Der DAX verlor im Oktober 4,3 % und fiel damit auf 14.716,54 Punkte zurück. Da der Konflikt bis zum Jahresende weitgehend auf den Gazastreifen begrenzt blieb, setzte im November bereits eine neuerliche, vorsichtige Erholung an den Aktienmärkten ein.

Zum Jahresende verstärkte sich die Erholung aufgrund sinkender Inflationszahlen und damit verbundener Hoffnungen auf Leitzinssenkungen der Notenbanken, womit eine Belebung der Konjunktur im Jahr 2024 verbunden wäre. Der DAX legte von Anfang November bis Jahresende um 13,1 % zu. Dadurch schloss er das Jahr mit 16.751,64 Punkten und auf Jahressicht um 20,3 % im Plus ab. Im globalen Vergleich entwickelte sich der deutsche Leitindex damit ähnlich zum Euro Stoxx 50, der 19,2 % zulegen konnte, aber schwächer als der S&P 500 und der Nasdaq Composite. Letztere konnten 24,2 beziehungsweise 43,4 % zulegen.

2023 erteilte Baugenehmigungen für Wohngebäude in Rheinland-Pfalz und im Saarland

Im Jahr 2023 wurden in Rheinland-Pfalz erheblich weniger Genehmigungen zur Errichtung von neuen Wohngebäuden erteilt als im Jahr zuvor. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems sank die Zahl um 43,5 % auf 3.635. Die Anzahl der Wohnungen, die in diesen Gebäuden entstehen sollen, reduzierte sich auf 10.016 (minus 32,5 % gegenüber 2022). Die Zahl der Baugenehmigungen sank im Jahr 2023 damit auf den mit Abstand tiefsten Stand der letzten zehn Jahre. Gemessen am Ziel der Bundesregierung, jährlich 400.000 neue Wohnungen an den Markt zu bringen, wären in Rheinland-Pfalz knapp 20.000 Wohnungen erforderlich. Wenn alle genehmigten Bauvorhaben aus dem Jahr 2023 umgesetzt werden, würde in etwa die Hälfte davon erreicht. Die Genehmigungen bilden nur die Bauabsicht ab. Die Zahlen der Baufertigstellungsstatistik, die Aufschluss darüber geben, wie viele Wohnungen tatsächlich gebaut wurden, werden im Juni veröffentlicht. Die meisten Genehmigungen wurden 2023 – wie für Rheinland-Pfalz üblich – für Einfamilienhäuser erteilt. Deren Zahl ging im Vergleich zum Vorjahr um 43,3 % auf 2.608 zurück. Bei den Zweifamilienhäusern sank sie sogar um 53,2 % auf 425 Wohneinheiten. Die Zahl der Genehmigungen von Mehrfamilienhäusern reduzierte sich zwar auch deutlich, jedoch nicht so stark wie bei Ein- und Zweifamilienhäusern. Hier ist ein Rückgang um 35,4 % auf 602 Wohneinheiten festzustellen, wobei die Zahl der darin enthaltenen Wohnungen um 22,2 % auf 6.558 sank. Damit setzt sich der Trend der letzten Jahre fort, dass im Neubau der Anteil der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern im Vergleich zu Ein- oder Zweifamilienhäusern zunimmt. Für die geplanten Baumaßnahmen wurden Kosten von insgesamt rund 2,5 Mrd. EUR veranschlagt. Der Wert liegt zwar deutlich unter dem des Vorjahres (3,7 Mrd. EUR), betrachtet man allerdings die Kosten pro Baumaßnahme, so sind diese im Vergleich zum Vorjahr pro Gebäude um 21 % und pro Wohnung um etwa 1,3 % gestiegen. Der signifikante Unterschied liegt darin begründet, dass die Errichtung eines Mehrfamilienhauses teurer ist als die Errichtung eines Ein- oder Zweifamilienhauses. Demgegenüber sind die Kosten pro Wohnung in Mehrfamilienhäusern geringer als in Ein- oder Zweifamilienhäusern (Quelle: Medieninfo Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz).

Im Jahr 2023 lagen den saarländischen Baugenehmigungsbehörden 416 Bauanträge zur Errichtung neuer Wohngebäude vor. Während die Anzahl der neu zu errichtenden Wohngebäude um 50,9 % gegenüber dem Vorjahr rückläufig war, reduzierte sich die Zahl der darin vorgesehenen Wohnungen um 40,3 % auf 1.171. Die beabsichtigten Bauvorhaben für Wohngebäude mit einer Wohnung reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 52,9 % auf 272 und für Wohngebäude mit zwei Wohnungen

um 54,1 % auf 56. Insgesamt blieb die genehmigte Wohnungszahl in Ein- und Zweifamilienhäuser mit 384 um 53,2 % unter dem Vorjahreswert von 2022. In den 88 genehmigten Wohngebäuden mit drei oder mehr Wohnungen sind 787 Wohnungen vorgesehen. Dies sind 31,0 % weniger Wohnungen als im Vorjahr. Im Jahr 2023 waren für den Neubau eines durchschnittlich großen Einfamilienhauses mit einer Wohnungsgröße von 167 Quadratmeter im Durchschnitt 392.000 EUR zu veranschlagen. Für eine Wohnung in einem Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen (ohne Wohnheime) waren 189.000 EUR einzuplanen. Hier liegt die mittlere Wohnungsgröße bei 82 Quadratmetern. Die Quadratmeterpreise der Wohngebäude haben sich innerhalb eines Jahres um durchschnittlich 10,0 % auf 2.300 EUR verteuert. Für ein Einfamilienhaus waren im Durchschnitt 2.400 EUR pro Quadratmeter Wohnfläche einzuplanen, eine Steigerung um 5,9 %. Den größten Preissprung verzeichneten Wohnungen in Wohngebäuden mit drei oder mehr Wohnungen (ohne Wohnheime). Hier zogen die Quadratmeterpreise um 15,1 % auf 2.300 EUR an (Quelle: Medieninfo vom 16. Februar 2024 Statistisches Landesamt Saarland/Statistik Bauen und Wohnen).

II.2 Leistungsindikatoren

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung planen und steuern wir die Entwicklung unserer Bank auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutenden Leistungsindikatoren, die sich auch aus der Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen:

- Wachstum der bilanziellen Kundenkredite
- LCR
- Hartes Kernkapital

Diese werden mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwacht.

Die Entwicklung der Leistungsindikatoren im Jahr 2023 wird unter den Ausführungen zur Ertrags-, Finanz- und Liquiditätslage sowie der Entwicklung der Kundenforderungen dargestellt.

Das Wachstum der bilanziellen Kundenkredite definieren wir als Indikator für die Generierung von Erträgen. Für das Jahr 2024 streben wir ein strategisches Wachstum von rund 100 Mio. EUR an. Um das geplante Wachstum der bilanziellen Kundenkredite finanzieren zu können, haben wir aktive Maßnahmen zur Stärkung unserer Passivseite bereits im Oktober 2023 implementiert, indem wir eine umfassende und weitreichende Marketingmaßnahme unter dem Motto „Wir hauen einen raus!“ aufgebaut haben, um Neukunden und Neugelder zu gewinnen sowie abgeflossene Gelder unserer Bestandskunden zurückzuholen. Zum Jahresende 2023 war ein deutlich positiver Trend dieser Maßnahme bereits erkennbar. Im Jahr 2024 planen wir für die bilanziellen Kundeneinlagen ein Wachstum in Höhe von 75 Mio. EUR.

Wir nutzen die Liquidity Coverage Ratio (LCR) als Liquiditätskennzahl zur Sicherstellung der Liquidität der Bank.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die harte Kernkapitalquote.

Für das Jahr 2024 planen wir ein Wachstum der Geschäftsguthaben in Höhe von 5,4 Mio. EUR.

Auf die Entwicklung der Leistungsindikatoren wird in der Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage der Genossenschaft sowie im Rahmen des Prognoseberichts eingegangen.

II.3 Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Südwest eG

Die Geschäftsentwicklung des Jahres 2023 war zufriedenstellend. Die Entwicklung der von uns definierten Leistungsindikatoren stellt sich wie folgt dar:

Das geplante Zusagevolumen der Kundenkredite konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr zu 70,1 % erreicht werden, was unseres Erachtens durch externe Faktoren wie die allgemeine Zinsentwicklung, die gestiegenen Lebenshaltungskosten und die allgemeine Konsumentenstimmung bedingt ist. Das bilanzielle Wachstum der Kundenforderungen lag dennoch bei 244,7 Mio. EUR bzw. 3,6 %. Wir verzeichnen somit nach wie vor einen erfolgreichen Geschäftsverlauf.

Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) betrug zum Jahresultimo 236,60 % (Vorjahr: 149,02 %). Die Steigerung konnte durch den Abschluss von Leihgeschäften bei Wertpapieren sowie durch einen Anstieg der Kundeneinlagen in der zweiten Jahreshälfte erreicht werden. Die Liquiditätssituation stellt sich als auskömmlich dar.

Die Bank verfügt über eine gute Eigenkapitalausstattung, die über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen liegt. Das Eigenkapital wurde auch im abgelaufenen Geschäftsjahr gestärkt. Die harte Kernkapitalquote belief sich auf 16,05 % und überstieg den Planwert (15,42 %) um 0,63 %.

Die Bilanzsumme reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr moderat um 172 Mio. EUR.

Geschäftsvolumen	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Bilanzsumme Bank	10.968.999	11.140.646	-171.647	-1,5
Außerbilanzielle Geschäfte	506.835	740.598	-233.763	-31,6

Die außerbilanziellen Geschäfte setzen sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 4.561 TEUR und aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 502.274 TEUR zusammen. Der Rückgang resultiert aus geringeren offenen Zusagen im Kreditgeschäft sowie aus der Abnahme von gezeichneten Fondsanteilen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Kundenforderungen	7.059.188	6.814.470	+244.718	+3,6
Wertpapiere	2.096.849	2.182.003	-85.154	-3,9
Forderungen an Kreditinstitute	1.619.190	1.804.723	-185.533	-10,3

Das Kreditportfolio setzt sich im Wesentlichen aus mit Immobilien besicherten Krediten an Privatkunden zusammen. Es wurden sowohl Kauf- und Neubauvorhaben als auch Erhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen finanziert.

Während die Forderungen an Kunden um rund 244,7 Mio. EUR anstiegen, sind die Forderungen an Kreditinstitute um rund 185,5 Mio. EUR zurückgegangen. Die Wertpapierposition ist aufgrund von Fälligkeiten bei festverzinslichen Wertpapieren um rund 85,2 Mio. EUR gesunken.

Die Summe der neuen Kreditzusagen belief sich 2023 auf 862,8 Mio. EUR, davon waren 791,3 Mio. EUR Baukredite und 71,5 Mio. EUR Privatkredite. Die Zusagen für Baukredite lagen um 318,7 Mio. EUR, die Zusagen für Privatkredite um 58,5 Mio. EUR unter den ursprünglichen Planwerten. Die Zielerreichung war beeinflusst durch den Zinsanstieg, die gestiegenen Lebenshaltungskosten und die allgemeine Konsumentenstimmung.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	795.002	782.826	+12.176	+1,6
Spareinlagen von Kunden	1.650.207	2.163.826	-513.619	-23,7
Andere Einlagen von Kunden	7.612.943	7.334.660	+278.283	+3,8

Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultiert im Wesentlichen aus der Ausgabe von Hypothekenpfandbriefen.

Die Entwicklung der Kundeneinlagen war im Berichtsjahr 2023 insgesamt rückläufig. Im Oktober 2023 wurden jedoch Maßnahmen zur Stärkung der Einlagen ergriffen, die bis Jahresende bereits spürbar wurden. In Summe reduzierten sich die Kundenverbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahr um 235,3 Mio. EUR.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	14.782	15.765	-983	-6,2
Andere Vermittlungserträge	7.230	10.549	-3.319	-31,5
Erträge aus Zahlungsverkehr	31.749	32.270	-521	-1,6

Die Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften sind gegenüber dem Vorjahr um rund 6,2 % gesunken und betreffen die Nachfrage unserer Kundinnen und Kunden im Fonds- und Zertifikatesgeschäft.

Die Position „andere Vermittlungserträge“ ist insbesondere aufgrund des Rückgangs der Provisionen aus der Vermittlung von Versicherungsverträgen sowie Edelmetallen um 31,5 % gesunken.

Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr sind im Berichtsjahr 2023 ebenfalls leicht gesunken.

Investitionen

Im Jahr 2023 wurden Investitionen in größerem Umfang zur Modernisierung unserer IT-Endgeräte (z.B. Monitore, Laptops) sowie im Bereich der Zutrittskontrollen und Alarmsysteme durchgeführt.

Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der im Jahr 2023 durchschnittlich vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer betrug 453. Die Zahl der teilzeitbeschäftigten Mitarbeiter lag bei 240. 2023 fingen 20 Auszubildende bei der Sparda-Bank Südwest eG an. 19 Auszubildende beendeten ihre Ausbildung mit einem Abschluss durch die jeweilige IHK in Rheinland-Pfalz und im Saarland. Durchschnittlich wurden 45,8 Auszubildende beschäftigt.

Die Sparda-Bank bietet moderne Tools, um den Mitarbeitern zu ermöglichen, flexibel auf persönliche Herausforderungen reagieren zu können. So gibt es z. B. das Zeitwertkonto, mit dem man Beträge ansparen kann, um diese später in Zeit einzutauschen. Gesundheit, Leistung und Wohlbefinden der Mitarbeiter werden durch das Betriebliche Gesundheitsmanagement unterstützt. Seit dem 1. Juli 2017 ist die Stiftungsfamilie BSW & EWH (vormals: Stiftung Bahn-Sozialwerk) hier unser Partner. Die große Sozialeinrichtung hat viel Erfahrung, wenn es um konkrete Hilfestellungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht. Das Themenspektrum umfasst Gesundheit und Soziales, Reise und Erholung sowie Kultur und Freizeit.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Wir streben nicht nach Gewinnmaximierung. Unser Ziel ist es, auskömmliche Erträge zu erwirtschaften, um eine langfristige Existenzsicherung unserer Genossenschaft zu ermöglichen. Auch in unserer Satzung ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung unserer Mitglieder als Unternehmenszweck festgehalten. Zu unseren Werten, die das Fundament unseres täglichen Handelns bilden, zählen Fairness, Einfachheit, Sympathie und Gemeinschaft.

Um in unserer Nachhaltigkeitsstrategie, die Teil unserer Unternehmensstrategie ist, alle Nachhaltigkeitsaspekte zu berücksichtigen, orientieren wir uns am Branchenstandard des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR-Nachhaltigkeitsleitfaden), welcher sich seinerseits auf die Sustainable Development Goals (SDGs) und die ESG (Environmental, Social, Governance)-Kriterien stützt. Hier streben wir eine mittlere Positionierung an.

In unserer Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigen wir ökologische, ökonomische und soziale Aspekte in den Handlungsfeldern Risikomanagement und Gesamtbanksteuerung, Kerngeschäft, Geschäftsbetrieb, Ethik und Kultur sowie Kommunikation und Gesellschaft. Nachhaltigkeit ist eine Querschnittsfunktion und betrifft alle Geschäftsbereiche unserer Bank.

Zu nichtfinanziellen Leistungsindikatoren haben wir für das Berichtsjahr 2023 als berichtspflichtiges Unternehmen gemäß des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes in unserer DNK-Erklärung berichtet.

II.4 Lage der Sparda-Bank Südwest eG

II.4.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Zinsüberschuss ¹⁾	135.596	101.024	+34.572	+34,2
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	3.631	3.407	+224	+6,6
Provisionsüberschuss ²⁾	40.536	42.822	-2.286	-5,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	2.624	-276	+2.900	+1.050,7
Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwendungen	58.836	55.509	+3.327	+6,0
b) Andere Verwaltungsaufwendungen	55.260	52.678	+2.582	+4,9
Bewertungsergebnis ⁴⁾	2.713	-10.902	+13.615	+124,9
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	67.896	24.612	+43.284	+175,9
Steueraufwand	22.531	14.042	+8.489	+60,5
Jahresüberschuss	15.364	10.570	+4.794	+45,4

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2; 2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6; 3) GuV-Posten 8 abzüglich GuV-Posten 12;

4) GuV-Posten 13–16

Im Berichtsjahr war eine Steigerung des Zinsüberschusses zu verzeichnen. Die Veränderung begründet sich hauptsächlich durch den Anstieg der Zinserträge im Derivate- und Kreditgeschäft, sowie der aktuellen Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt. Die laufenden Erträge resultieren aus Ausschüttungen von Investmentfonds und sind im Berichtsjahr leicht gestiegen.

Der Provisionsüberschuss ist maßgeblich durch einen Rückgang der Erträge aus der Vermittlung von Versicherungen und Edelmetallen bedingt. Parallel dazu ist der Provisionsaufwand ebenfalls, jedoch nicht im gleichen Maße, gesunken.

Die Personalaufwendungen sowie die anderen Verwaltungsaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen.

Infolge des Ukrainekrieges und der unter anderem damit verbundenen signifikanten Erhöhung der Inflation war im Jahr 2022 ein massiver Anstieg der Geld- und Kapitalmarktzinsen zu verzeichnen. Infolgedessen kam es bei festverzinslichen Wertpapieren zu deutlichen Kurswertrückgängen. Hier von waren auch unsere Eigenanlagen im Depot A und unsere Wertpapiere in Spezialfonds betroffen. Die vorgenommenen Abschreibungen haben unser Bewertungsergebnis im Jahr 2022 maßgeblich beeinflusst. Im Berichtsjahr 2023 haben sich die Kurse der Papiere teilweise erholt, sodass anstelle von Abschreibungen nun deutliche Zuschreibungen zu verzeichnen waren. Das Ergebnis aus Bewertung hat sich daher um 13,6 Mio. EUR erhöht.

II.4.2 Finanz- und Liquiditätslage

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen der Capital Requirements Regulation (CRR) wurden im Berichtsjahr zu jeder Zeit eingehalten. Die vorhandenen liquiden Mittel bieten ausreichend Freiraum für die Ausweitung des Bankgeschäfts gemäß der strategischen Planung.

Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) betrug zum Jahresstichtag 236,60 %.

Den Zahlungsverpflichtungen nach Art, Höhe und Fristigkeit konnte im Berichtsjahr jederzeit nachgekommen werden.

Die Refinanzierungsstruktur ist aufgrund des hohen Anteils von Kundeneinlagen weitestgehend unabhängig von den Interbanken- und Kapitalmärkten. Die Bank kann zudem kurzfristig Pfandbriefe zur Stärkung der Liquidität emittieren.

II.4.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Gezeichnetes Kapital	166.361	166.872	-511	-0,3
Rücklagen	372.432	364.204	+8.228	+2,3

Veränderungen beim Eigenkapital ergaben sich durch die Gewinnthesaurierung und Zeichnung weiterer Anteile. Die Rücklagen wurden gestärkt. Die Bank verfügt über eine gute Eigenkapitalausstattung, die über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen liegt.

Zudem besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 231,3 Mio. EUR. Darin enthalten ist eine Zuführung im Jahr 2023 von 30 Mio. EUR.

Die harte Kernkapitalquote und die Gesamtkapitalquote belaufen sich auf 16,05 % und steigen leicht gegenüber dem Vorjahr (15,36 %).

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) beläuft sich für das zurückliegende Geschäftsjahr auf rund 0,14 %.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme beträgt 64,4 %. Sämtliche erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft sind durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt, für mögliche verbleibende latente Risiken besteht eine ausreichende Risikovorsorge.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) hatte die Bank zum Bilanzstichtag Zinsderivate in einem Umfang von nominal 1,55 Mrd. EUR im außerbilanziellen Bestand.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Anlagevermögen	1.674.996	1.620.041	+54.955	+3,4
Liquiditätsreserve	421.854	561.962	-140.108	-24,9

Bei den Wertpapieren handelt es sich um Emittenten guter Bonität. Wesentliche Änderungen in der Struktur sowie Bonitätseinstufung bei den Wertpapieranlagen haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht ergeben. Bei den Wertpapieren im Anlagevermögen bestehen stille Lasten.

II.5 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich unverändert durch eine angemessene Eigenkapitalausstattung aus. Alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden erfüllt.

Für erkennbare und latente Risiken in den Kundenforderungen sind Wertberichtigungen gebildet worden. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen worden.

Finanzlage und Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

Die Ertragslage verlief im Geschäftsjahr 2023 unter Berücksichtigung des herausfordernden Umfeldes, insbesondere der Kapitalmarktentwicklung, zufriedenstellend.

III. Erklärung zur Unternehmensführung

Gemäß § 289f Abs. 2 Nr. 4 HGB haben Vorstand und Aufsichtsrat der Sparda-Bank Südwest eG für den Frauenanteil im Unternehmen Zielgrößen festgelegt, die bis 30. Juni 2024 zu erreichen sind.

Auf der Ebene des Aufsichtsrates sowie der 2. Führungsebene unterhalb des Vorstandes wurden die beschlossenen Zielgrößen zwischenzeitlich erreicht. Mit Eintritt von Silke Schneider-Wild zum 01. Mai 2024 ist auch die Zielgröße für den Frauenanteil auf Ebene des Vorstands erfüllt.

Zu erreichender Frauenanteil	Bis 30.06.2024
Im Aufsichtsrat	20 %
Im Vorstand	25 %
In der 1. Führungsebene unterhalb des Vorstands	33 %
In der 2. Führungsebene unterhalb des Vorstands	23 %

IV. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

IV.1 Risikomanagementsystem

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung versteht sich das Risikomanagement als System der aktiven Einflussnahme auf die Ertrags-, Vermögens- und Risikolage der Sparda-Bank Südwest eG. Neben der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen gewährleistet ein komplexes Planungs- und Controllingsystem die jederzeitige Risikotransparenz. Durch eine Eckwertplanung über einen Zeitraum von fünf Jahren und mit Hilfe von Kennzahlen und Limitsystemen plant und steuert die Bank die Entwicklung des Institutes.

Die Risikomessung wird ausschließlich mit den Modulen der VR-Control-Umgebung durchgeführt.

Die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems der Bank ist bestimmt durch die Geschäfts- und Risikostrategie, die in regelmäßigen Abständen überprüft wird.

Im Rahmen einer jährlichen Risikoinventur identifiziert, quantifiziert, beurteilt und dokumentiert die Bank ihre Risiken und legt die für sie wesentlichen Risiken fest. Diese Ergebnisse werden im Risikohandbuch dokumentiert.

Durch monatlichen Soll-Ist-Abgleich der Bilanzpositionen sowie der Aufwands- und Ertragsgrößen werden klare Informationen gewonnen. Daraus werden die notwendigen Steuerungsimpulse abgeleitet. Steuerungsimpulse ergeben sich zum Beispiel durch monatliche Ertragsvorschaurechnungen sowie durch die Bewertung der Risikolage der Bank.

Der Bereich Controlling gibt hierzu Handlungsempfehlungen heraus, die nach Abstimmung mit dem Vorstand von diesem genehmigt werden.

Nach Entscheidung durch den Vorstand zu Transaktionen in den Eigenanlagen, zur Durchführung von Sicherungsgeschäften oder zum Einsatz von Finanzinstrumenten werden diese von der Abteilung Handel umgesetzt. Dabei hat die Bank sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregeln sowie eingeräumter Risikolimits getätigt werden.

Die Ziele der Bank sind, unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit, die Begrenzung und Beherrschung der Risiken, das qualitative und ertragsorientierte Wachstum sowie der Erhalt und die weitere Verbesserung des ausgewogenen Verhältnisses zwischen Kosten und Erlösen. Damit ist sichergestellt, dass weiterhin strategisch erforderliche Investitionen durchgeführt werden können, in der Regel eine marktgerechte Dividende an die Mitglieder ausgeschüttet wird und eine hinreichende Risikovorsorge erfolgen kann.

Art, Umfang und Risikopotential der Geschäfte hat die Bank durch ein internes Limitsystem sowie durch Anlagerichtlinien für den Bereich Spezialfonds begrenzt. Die Risikopolitik der Bank ist in der Geschäfts- und Risikostrategie sowie in weiteren Teilstrategien festgelegt und wird im Risikobericht dokumentiert.

Neben allgemeinen Risikofaktoren (zum Beispiel Konjunkturschwankungen, neue Technologien und Wettbewerbssituationen, sonstige sich verändernde Rahmenbedingungen) bestehen spezifische Bankgeschäftsrisiken, die sich insbesondere in Form von Kreditrisiken (Kundenkredite und Eigen-geschäfte), Marktrisiken (Zinsänderungs-, Währungs- und Kursrisiken), Immobilien-, Beteiligungs-,

Liquiditäts- und operationellen Risiken sowie Auslagerungsrisiken und sonstigen Einzelrisiken zeigen.

Die Sparda-Bank Südwest eG steuert ihre Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive.

Die Bank ermittelt die Risikotragfähigkeit durch das barwertige Verfahren. Dem Bruttovermögen der Bank werden die Bruttoschulden (inkl. Managementpuffer) gegenübergestellt. Durch Differenzbildung wird das freie Risikodeckungspotential ermittelt. Der Vorstand hat für die Einzelrisiken Limite beschlossen, welche in Summe das Gesamtlimit der Bank darstellen. Die Differenz aus freiem Risikodeckungspotential und Gesamtlimit stellt die Reserve des Risikodeckungspotentials dar. Die Einzelrisiken werden auf Basis des Konfidenzniveaus von 99,9 % ermittelt.

Die aktuelle Auslastung (Stand 31. Dezember 2023) des Gesamtlimits beträgt rund 72 %. Dies entspricht einem Gesamtrisiko von rund 340 Mio. EUR, welchem ein Gesamtlimit i. H. v. 472,5 Mio. EUR gegenübersteht. Das Gesamtrisiko verteilt sich wie folgt:

Kreditrisiken	rd. 155 Mio. EUR
Marktrisiken	rd. 110 Mio. EUR
Sonstige Risiken	rd. 75 Mio. EUR

Unter der Sparte Sonstige Risiken werden das Immobilienrisiko (aus Fonds), das Beteiligungsrisiko (inkl. Beteiligungen aus Fonds), das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko (inkl. Einzelrisiken) erfasst.

IV.2 Adressausfallrisiken

Forderungen an Kunden

Der Schwerpunkt des Kreditgeschäftes liegt im Privatkundengeschäft. Dabei sind große Teile des Kundenkreditvolumens grundpfandrechtl. gesichert und breit gestreut. Beim überwiegenden Anteil der beliehenen Objekte handelt es sich um eigengenutzte Wohnimmobilien. Die finanzierten Objekte befinden sich geographisch überwiegend im Geschäftsgebiet der Sparda-Bank Südwest eG. Die Kenntnis des regionalen Markts gewährleistet eine zuverlässige Werteinschätzung der als Sicherheit beliehenen Immobilien. Ein größeres Adressausfallrisiko aus Kundenforderungen erwartet die Bank daher nicht.

Die Ermittlung struktureller Kreditrisiken basiert insbesondere auf Kreditratings nach Verfahren der genossenschaftlichen Organisation. Das für unser Haus relevante Verfahren „VR Rating Privatkunden“ ermöglicht Ausfallwahrscheinlichkeiten (erwartete Verluste) zu ermitteln und die Kredite Risikoklassen zuzuordnen. Unser Kundenkreditvolumen ist zu über 99,8 % mit diesem Verfahren klassifiziert.

Die Ausfallrisiken im Kreditportfolio bemisst die Bank nach aggregierten Blankoanteilen (Risikovolumen) in den einzelnen Risikoklassen. Die für die Höhe der Blankoanteile zugrunde liegenden Kreditsicherheiten werden nach Wertermittlungsrichtlinien, die sich an den Richtlinien der genossenschaftlichen Finanzgruppe orientieren, angesetzt.

Die Kreditrisiken im Kundengeschäft messen wir mittels des Kreditportfoliomodells Kundengeschäft aus dem Software-Modul VR-Control KRM mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Risikohorizont von zwölf Monaten.

Die Risikomessung erfolgt mittels der CVaR-Berechnung basierend aus der Kreditrisikoprämie EL KM.

Die Überwachung und die Steuerung des Kreditgeschäfts erfolgen auf der Basis von Limitierungen sowie Steuerungsvorgaben für das Neugeschäft. Unsere Auswertungen geben Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Branchen, Größenklassen, Sicherheiten und Risikoklassen. Alle im Rahmen der Risikoinventur identifizierten Risikokonzentrationen werden im Rahmen der Risiko- steuerung berücksichtigt.

Risikovorsorge wird auf Basis der steuer- und handelsrechtlichen Vorschriften gebildet.

Das Adressenausfallrisiko bewegte sich im Geschäftsjahr innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems.

Eigenanlagen

Im Bereich der Eigenanlagen werden die Adressrisiken separat gemessen. Dabei werden sowohl Ausfall- als auch Migrations- und Spreadrisiken berücksichtigt. Unter VR-Control ist die Grundlage eine Monte-Carlo-Simulation, die ein barwertiges Ergebnis liefert.

Ein größeres Adressausfallrisiko erwartet die Bank für ihre Wertpapieranlagen in der Regel nicht, da sie diese nur von Emittenten mit guter Bonität erwirbt. Zusätzlich ist auch hier ein umfangreiches Limitsystem implementiert. Die Limitierung erfolgt bonitätsabhängig auf Einzelemittentenbasis. Grundsätzlich orientieren sich die vergebenen Limite an der aktuellen Ertrags- und Vermögenssituation der Bank.

Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, eigene Analysen von Berichten und Beobachtungen der Spreadentwicklungen der Emittenten zurück.

Die Messung der Adressrisiken der Eigenanlagen erfolgt durch das Kreditportfoliomodell für Eigengeschäfte (Konfidenzniveau 99,9 %, Risikohorizont zwölf Monate). Dabei werden ein kombiniertes Ausfall- und Migrationsrisiko sowie ein Spreadrisiko ermittelt. Der Risikoansatz stellt die Summe dieser beiden Berechnungen dar.

Als Risikoausweis stellen wir den CVaR dar. Der erwartete Verlust ist im Risikoprämienbarwert der Eigengeschäfte enthalten.

Den Risiken begegnen wir dadurch, dass wir grundsätzlich keine Wertpapiere von Emittenten bzw. aus Emissionen erwerben, deren Rating von einer anerkannten Ratingagentur mit schlechter als „Investment Grade“ beurteilt wurde. Gemäß Art. 138 CRR wurden für die Ermittlung der Risikogewichte die Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch nominiert. Für die Ratingagentur Standard & Poor's wurde die Klassenbezeichnung Governments benannt. Für die Ratingagentur Moody's wurde die Klassenbezeichnung Staaten & supranationale Organisationen benannt. Für die Ratingagentur Fitch wurde die Klassenbezeichnung Sovereigns & Supranationals benannt.

Das Ausfallrisiko inländischer und ausländischer Emittenten begrenzen wir durch ein Limitsystem, welches eine hinreichende Streuung des Depotbestandes gewährleistet und regelmäßig überwacht wird.

Das Adressenausfallrisiko bewegte sich im Geschäftsjahr innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems.

Länderrisiken

Länderrisiken sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Eine Aufteilung nach Emissionsländern wird vierteljährlich im Risikobericht dargestellt.

IV.3 Marktrisiken

Zinsänderungsrisiken

Aufgrund der Geschäftsstruktur der Bank beziehen sich die Zinsänderungsrisiken auf nachteilige Veränderungen der Zinsstrukturkurven, in deren Folge sich Abweichungen vom geplanten Ergebnis ergeben. Sie können sich auch durch Inkongruenzen bezüglich der Zinsbindung bzw. aufgrund unterschiedlicher Zinselastizitäten bei Aktiv- und Passivpositionen ergeben. Für die wesentlichen variablen Positionen hat die Bank Ablauffiktionen auf der Grundlage gleitender Durchschnitte ermittelt.

Die Zinsänderungsrisiken messen wir vierteljährlich. Die gemessenen Risiken werden dem entsprechenden Limit gegenübergestellt. Die Risikotragfähigkeit war zu jedem Stichtag gegeben.

Zur Absicherung der Zinsänderungsrisiken greift die Bank auf verschiedene Sicherungsinstrumente zurück, insbesondere auf Zinsswaps im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung des Zinsbuches.

Die Steuerung der Zinsänderungsrisiken erfolgt barwertig. Für die Beurteilung des strategischen Zinsbuches wird das Barwertkonzept mit Unterstützung von VR-Control Zinsmanagement eingesetzt. Die Ermittlung und Beurteilung der Zinsänderungsrisiken erfolgt mit Hilfe von Simulationsrechnungen auf Grundlage verschiedener Zinsprognosen. Das Konfidenzniveau ist mit 99,9 % bei einer Haltedauer von 250 Tagen festgelegt. Unser Rechenzentrum hat im letzten Quartal 2022 in VR-Control für die Berechnung der Zinsänderungsrisiken ein Resampling-Modell implementiert, welches in einem Ad-Hoc-Validierungsbericht jedoch als noch nicht valide beurteilt wurde. Aus diesem Grunde wurden Übergangslösungen empfohlen, die allerdings auch noch nicht validiert sind. Um uns konservativ zu stellen, rechnen wir auch diese Modelle und haben einen Teil unseres Managementpuffers für Abweichungen in der Marktpreisrisikomessung definiert. Bis zur vollständigen Validierung behalten wir die bisherige Vorgehensweise bei.

Das Zinsänderungsrisiko stuft die Bank anhand der Risikoinventur als aufsichtsrechtlich wesentlich und betriebswirtschaftlich hoch ein, mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit und einem hohen potenziellen Schaden, der sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage maßgeblich auswirken kann.

Die Zinsänderungsrisiken halten sich im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzungen und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Sonstige Marktrisiken

Daneben bestehen Marktrisiken aus Immobilienfonds sowie im Spezialfonds aus Fremdwährungen und Aktien. Das Aktien-, Währungs- und Commodity-Risiko wird mittels Value-at-Risk ex ante (99,9 % Konfidenzniveau, 250 Tage Haltedauer) ermittelt.

Die Risikoermittlung dieser wesentlichen Marktrisiken wird durch die Fondsgesellschaft durchgeführt und zur Verfügung gestellt. Diese Kennzahlen werden in der Risikotragfähigkeit übernommen und jährlich bzw. anlassbezogen auf Angemessenheit von der Bank validiert. Darüber hinaus werden die aufsichtlichen Wesentlichkeitsgrenzen des Fremdwährungsbestandes vierteljährlich überprüft und im Risikobericht dargestellt.

Im Geschäftsjahr war die Summe der Sonstigen Marktrisiken jederzeit durch die bankindividuelle Risikotragfähigkeit abgedeckt.

IV.4 Liquiditätsrisiken

Liquiditätsfähigkeit (survial period)

Unsere Finanzplanung ist streng darauf ausgerichtet, allen gegenwärtigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen pünktlich nachkommen zu können. Insoweit achten wir auf ausgewogene Laufzeitstrukturen der Aktiva und Passiva. Unsere im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements getätigten Geldanlagen bei Korrespondenzbanken bzw. in Wertpapieren tragen neben Ertrags- auch Liquiditätsaspekten Rechnung. Als Steuerungsinstrumente setzen wir u. a. die Ermittlung und Überwachung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahl (Liquidity Coverage Ratio – LCR) sowie Liquiditätsablaufbilanzen ein.

In den Liquiditätsablaufbilanzen stellen wir szenariospezifische Zahlungsmittelabflüsse den Zahlungsmittelzuflüssen gegenüber. Sofern sich hieraus im Zeitverlauf ein kumulierter Zahlungsmittelbedarf entwickelt, prüfen wir, ob dieser mit dem Liquiditätsdeckungspotential abgedeckt werden kann.

Da das Zahlungsunfähigkeitsrisiko aufgrund seiner Eigenart nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotential begrenzt und somit nicht in die klassische Risikotragfähigkeit integriert werden kann, haben wir diesbezüglich einen weiteren Prozess (Liquiditätstragfähigkeit) in die Risikosteuerungs- und Controllingprozesse aufgenommen.

Liquiditätstragfähigkeit

Die Überwachung der Liquiditätstragfähigkeit bzw. die Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos erfolgt mit Hilfe entsprechender Liquiditätsablaufbilanzen (LAB), in welchen wir die szenariospezifischen Zahlungsmittelabflüsse den szenariospezifischen Zahlungsmittelzuflüssen an den jeweiligen Zahlungsmittelzeitpunkten gegenüberstellen. Sofern sich hieraus im Zeitverlauf ein kumulierter Zahlungsmittelbedarf entwickelt, prüfen wir, ob dieser mit dem jeweilig definierten Liquiditätsdeckungspotential (LDP) für einen zuvor definierten Zeitraum (Liquiditätshorizont bzw. Überlebenshorizont) im jeweiligen betrachteten Szenario abgedeckt werden kann. Die Risikotragfähigkeit war zu jedem Stichtag gegeben.

LCR

Weiter wird zur frühzeitigen Erkennung eines Liquiditätsengpasses die LCR-Kennziffer tgl. gemessen und gesteuert. Zum Bilanzstichtag belief sich die Kennziffer auf 236,60 %. Im Geschäftsjahr bewegte sie sich durchgehend deutlich über dem geforderten Mindestwert von 100 %.

Darüber hinaus wird die Liquidität durch Fälligkeitslisten überwacht.

Die Refinanzierungsquellen werden vierteljährlich im Rahmen des Risikoberichts dargestellt. Durch die Refinanzierung nicht nur mittels Kundeneinlagen, sondern auch am Interbankenmarkt, ist das Refinanzierungsrisiko für uns aufsichtsrechtlich von wesentlicher Bedeutung. Das Refinanzierungsrisiko ermittelt sich aus der Barwertdifferenz der Cashflowbewertung mit einer liquiditätsbehafteten und einer liquiditätsneutralen Zinskurve.

Die Gefahr, dass mangels ausreichender Marktliquidität Liquidationen erschwert werden, schätzen wir als gering ein.

Eine Liquiditätsmanagementfunktion wurde mit dem Ziel der Liquiditätssteuerung eingerichtet, um in Phasen eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses einschließlich eines Stressfalls die Zahlungsfähigkeit zu sichern und eine Unterschreitung der bankaufsichtlichen LCR-Mindestquote zu verhindern.

Zudem wurde für den Fall eines Liquiditätsengpasses ein Notfallplan festgelegt. Im Rahmen der Eigenanlagen- und Liquiditätsstrategie streuen wir die Positionen der Liquiditätsreserve über Laufzeiten und Emittenten, um ein hohes Maß an Liquidierbarkeit zu erreichen, damit wir jederzeit kurzfristig auf unerwartete Zahlungsstromschwankungen reagieren können.

IV.5 Operationelle Risiken

Wesentliche identifizierte operationelle Schäden werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst, analysiert und überwacht.

Im Rahmen dieser Schadensfalldatenbank werden die Risiken bezüglich ihrer Eintrittshäufigkeit sowie der Schadenshöhe quantifiziert. Basierend auf diesen Daten werden die operationellen Risiken mittels Monte-Carlo-Simulation in dem Software-Modul VR-Control ORM gemessen. Das Konfidenzniveau beträgt hierbei 99,9 % und der Risikohorizont zwölf Monate.

Zudem werden auch Worst-Case-Annahmen im Rahmen von regelmäßigen Stresstests berücksichtigt.

Den operationellen Risiken begegnen wir mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere Arbeitsanweisungen, die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Arbeitsabläufe, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Informationssicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, laufende Investitionen in neue DV-Systeme über die von uns beauftragte Rechenzentrale, Backup-Einrichtungen, Prüfung der Verfahren und Systeme durch die Interne Revision, sowie Versicherungen (z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken). Zusätzlich hat unser Haus eine Notfallplanung erstellt.

Dem Rechtsrisiko begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare. Bei Rechtsstreitigkeiten nehmen wir juristische Hilfe/Rechtsberatung in Anspruch. Versicherbare Gefahrenpotenziale, z.B. Diebstahl- und Betrugsrisiken, haben wir durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgesichert.

IV.6 Risiken aus Auslagerungen

Verschiedene Tätigkeiten im Geschäftsbetrieb der Sparda-Bank Südwest eG werden durch externe Dienstleister erbracht. Diese Dienstleistungen bezieht die Bank auf Basis ordnungsgemäßer Verträge, deren Einhaltung permanent überwacht wird. Die Bank hat ein zentrales Auslagerungsmanagement implementiert und einen Auslagerungsbeauftragten ernannt. Potenzielle Risiken steuert die Bank mittels eines Risikomanagementsystems.

IV.7 Gesamtbild der Risikolage

Zusammenfassend ist die Risikolage der Bank als solide einzustufen, da die Risikotragfähigkeit im Geschäftsjahr 2023 sowohl unter den von uns definierten Standard- als auch den festgelegten Stressszenarien gegeben war.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen haben wir im Jahr 2023 jederzeit eingehalten.

Nach derzeitigem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2024 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation der Bank gegeben. Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

V. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Prognosen, die sich auf die voraussichtliche Entwicklung der Sparda-Bank Südwest eG für das Geschäftsjahr 2024 beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Planungsrechnungen getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können.

Voraussichtlicher Geschäftsverlauf und voraussichtliche Lage

Die Sparda-Bank Südwest eG wird sich auch zukünftig konsequent auf das Privatkundengeschäft konzentrieren.

Der größte Vertriebsschwerpunkt im Jahr 2024 wird auf der „Sparda GiroWelt 2024“ liegen, da wir ab dem 01. Februar 2024 das kostenlose Girokonto wieder am Markt einführen und damit unser 125-jähriges Jubiläum mit unseren Kunden feiern.

Ein weiterer Schwerpunkt der Vertriebsaktivitäten wird weiterhin auf der Finanzierung von privatem Wohnungsbau liegen.

Daneben decken wir im Rahmen unserer Kunden- und Anlageberaterteams die zunehmenden Bedarfe unserer Kundinnen und Kunden zu Geld- und Vermögensanlagen ab.

Insgesamt gehen wir bei den Baufinanzierungen aufgrund der rückläufigen Bauanträge und gestiegenen Baukosten von einem noch härter werdenden Wettbewerb der Marktanbieter aus. Auch bei den Anlageprodukten sehen wir eine Verschärfung hinsichtlich der Gestaltung der Konditionen, um keine Marktanteile zu verlieren.

Neben der stetigen Weiterentwicklung digitaler Services investiert die Sparda-Bank Südwest eG weiterhin auch in Filialen und SB-Stellen.

Für das Jahr 2024 ist ein bilanzielles Wachstum der Kundenforderungen in Höhe von 100 Mio. EUR geplant. Durch das Wachstum im Kreditgeschäft können weitere Vertriebsansätze mit unseren Kooperationspartnern im Segment der Aktivgeschäfte umgesetzt werden.

Die Kundenverbindlichkeiten werden im Jahr 2024 mit 65 Mio. EUR leicht steigend geplant. Hierfür werden den Kunden im Bereich der täglich fälligen Gelder sowie Festgeldprodukte attraktive Zinsen angeboten.

Zur Refinanzierung der Kundenkredite kann die Bank auch auf Pfandbriefemissionen zurückgreifen. Zusätzlich können zudem fällige Wertpapiere zur Refinanzierung herangezogen werden.

Neben dem aktiven Vertrieb bankeigener Produkte der Passivseite tragen unter anderem die hohen Absätze von Fonds und Zertifikaten maßgeblich zur Erreichung des geplanten Provisionsergebnisses bei. Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für das Jahr 2024 von einer leicht positiven Entwicklung und steigenden Absatzzahlen aus.

Wir erwarten für das Jahr 2024 einen – im Vergleich zum Vorjahr – sinkenden Zinsüberschuss in Höhe von ca. 12 %. Für das Provisionsergebnis planen wir eine leichte Steigerung für das Jahr 2024.

Erwartete Auswirkungen auf unsere bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen und Annahmen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2024 die nachfolgend dargestellten Auswirkungen auf unsere bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren.

Der Verlauf der Kundenforderungen entwickelte sich bis zur Erstellung des Lageberichtes (März 2024) gering. Auch die Entwicklung im Segment der Konsumentenkredite ist bisher sehr verhalten. Es bedarf einer Belebung des privaten Konsums, um die geplanten Absatzziele zu erreichen.

Durch die freie Liquidität und die tägliche Planung der Liquidität gehen wir von einer LCR über der Quote von 130 % aus.

Gesamtaussage

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der Kreditgenossenschaften werden auch in den kommenden Jahren geprägt sein von der demographischen Entwicklung und dem damit einhergehenden Fachkräftemangel, der fortschreitenden Digitalisierung sowie der verschärften Wettbewerbssituation. Zudem wird Nachhaltigkeit als Trend zu sozial und ökologisch bewussterem Leben auch für die Finanzwelt ein zunehmend relevantes Thema. Die wirtschaftlichen Begleiterscheinungen im Zusammenhang mit dem Russland-Ukraine-Krieg, wie höhere Inflationsraten und fortbestehende Lieferkettenprobleme, stellen die (Finanz-) Wirtschaft ebenfalls vor hohe Herausforderungen. Es ist weiterhin unklar, wie stark sich die eingetrübten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Insolvenzentwicklung auswirken werden.

Insgesamt rechnet die Bank für das nächste Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss, der in etwa auf dem Vorjahresniveau liegt.

Unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten (Turbulenzen am Bankenmarkt) kann sich der Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Südwest eG jedoch auch negativ entwickeln.

Risiken

Wesentliche Risiken bei der Ertragslage bestehen im kommenden Jahr durch eine unerwartete Entwicklung der Zinsstrukturkurve. Die aktuell bestehende inverse Zinsstruktur birgt aufgrund unseres Geschäftsmodells, welches grundsätzlich von Erträgen aus Fristentransformation profitiert, für unser Haus erhöhte Risiken. Dabei ist das zinsabhängige Kundengeschäft für unser Kreditinstitut von grundlegender wirtschaftlicher Bedeutung. Sinkende Margen bzw. ein Wettbewerb um Kundengelder (hohe Zinsangebote auf der Passiv-Seite) würden sowohl im laufenden Geschäftsjahr als auch zukünftig den Zinsüberschuss belasten.

Eine Insolvenzwelle aufgrund eines Einbruchs der Weltwirtschaft könnte nachlaufende Effekte auf unser Kreditportfolio haben.

Eine langanhaltende Wirtschafts-/Bankenkrise, die sich unter anderem durch deutliche Abschlüge an den Aktienmärkten und Kursverlusten in den Eigenanlagen bemerkbar macht, würde erhebliche Auswirkungen auf das Bewertungsergebnis der Bank haben.

Chancen

Wesentliche Chancen für die Ertragslage bestehen im nächsten Geschäftsjahr im Fall einer moderaten Anpassung der Kundenzinsen auf der Passiv-Seite und einem gleichzeitigen Anstieg der Zinsen im Geldmarkt. Ein an den Aktienmärkten stark vorweggenommener Wirtschaftsaufschwung sowie massive Konjunkturprogramme würden sich voraussichtlich positiv auf die Entwicklung unserer Spezialfonds auswirken.

Mainz, den 22. April 2024

Der Vorstand

Manfred Stang
Vorstandsvorsitzender

Frank Jakob

Tobias Meurer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, regulatorischen Vorgaben, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies umfasste auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG. Weiter hat der Aufsichtsrat den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289b HGB geprüft.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz-, Risiko- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand die Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2023 hat der Aufsichtsrat insgesamt 15 Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung, die Risikosituation sowie die strategische Ausrichtung der Bank. Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Kreditausschuss, einen Vergütungskontrollausschuss, einen Nominierungsausschuss und zwei Prüfungsausschüsse gebildet. Die Ausschüsse berichten über ihre Tätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Aufsichtsrats. Der vorliegende Jahresabschluss 2023 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und in Ordnung befunden.

Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses – unter Einbeziehung des Gewinnvortrages – entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2023 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

In diesem Jahr scheiden turnusmäßig Frau Anna Gabler, Frau Gitta Wild sowie Herr Ralf Damde aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl der ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats ist zulässig.

Mainz, den 24. Mai 2024

Der Aufsichtsrat



Gitta Wild

Aufsichtsratsvorsitzende

Jahresabschluss 2023

- I. Jahresbilanz (Formblatt 1)
- II. Gewinn- und Verlustrechnung (Formblatt 3 – Staffelform)
- III. Anhang

Jahresabschluss der Kreditinstitute in der Rechtsform
der eingetragenen Genossenschaft

I. Jahresbilanz zum 31. Dezember 2023

Aktivseite	Geschäftsjahr			Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand			59.555.250,00	61.961
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			52.515.282,04	196.413
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	52.515.282,04			(196.413)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			112.070.532,04	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-	-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-			(-)
b) Wechsel			-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			727.015.619,09	923.995
b) andere Forderungen			892.174.173,86	880.728
4. Forderungen an Kunden			7.059.188.342,66	6.814.469
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	4.741.993.844,06			(4.533.020)
Kommunalkredite	-			(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-			(-)
ab) von anderen Emittenten		-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-			(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	76.102.519,54			74.562
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	76.102.519,54			(74.562)
bb) von anderen Emittenten	649.221.525,65	725.324.045,19		738.143
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	649.221.525,65			(566.228)
c) eigene Schuldverschreibungen			725.324.045,19	-
Nennbetrag	-			(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			1.371.525.294,41	1.369.298
6a. Handelsbestand			-	-
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften				
a) Beteiligungen		29.412.107,94		29.412
darunter: an Kreditinstituten	27.515.348,39			(27.515)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-			(-)
an Wertpapierinstituten	-			(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften		4.920.620,00	34.332.727,94	4.921
darunter: bei Kreditgenossenschaften	4.900.050,00			(4.900)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-			(-)
an Wertpapierinstituten	-			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			1.858.134,34	1.858
darunter: an Kreditinstituten	-			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-			(-)
an Wertpapierinstituten	-			(-)
9. Treuhandvermögen			42.008,37	63
darunter: Treuhandkredite	42.008,37			(63)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-	-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			212.848,08	240
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-	-
d) Geleistete Anzahlungen			212.848,08	-
12. Sachanlagen			17.519.085,99	18.638
13. Sonstige Vermögensgegenstände			25.132.564,52	23.584
14. Rechnungsabgrenzungsposten			2.603.322,49	2.361
Summe der Aktiva			10.968.998.698,98	11.140.646

Passivseite		Geschäftsjahr			Vorjahr
		EUR	EUR	EUR	EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			54.836.636,50		143.737
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			740.165.613,69	795.002.250,19	639.089
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		1.623.809.862,54			2.163.617
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		26.397.551,82	1.650.207.414,36		209
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		6.476.053.599,48			7.333.768
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.136.889.277,46	7.612.942.876,94	9.263.150.291,30	893
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
3a. Handelsbestand				-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				42.008,37	63
darunter: Treuhandkredite	42.008,37				(63)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				11.819.818,51	14.501
6. Rechnungsabgrenzungsposten				134.420,59	134
6a. Passive latente Steuern				-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			72.853.514,51		68.997
b) Steuerrückstellungen			16.426.477,77		5.726
c) andere Rückstellungen			24.113.117,20	113.393.109,48	26.966
8.				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				-	-
10. Genusrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				231.299.714,00	201.300
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	129.714,00				(130)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			166.361.208,00		166.872
b) Kapitalrücklage			35.285.275,31		35.285
c) Ergebnismrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		53.646.252,61			52.569
cb) andere Ergebnismrücklagen		283.500.000,00			276.350
cc)		-	337.146.252,61		-
d) Bilanzgewinn			15.364.350,62	554.157.086,54	10.570
Summe der Passiva				10.968.998.698,98	11.140.646
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			4.560.808,10		4.443
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	4.560.808,10	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			93.234.611,83		126.487
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			409.039.103,79	502.273.715,62	609.667
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

II. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		189.360.605,39			129.800
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		6.909.103,65	196.269.709,04		4.437
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	-				(1.132)
2. Zinsaufwendungen			-60.673.504,18	135.596.204,86	-33.214
darunter: erhaltene negative Zinsen	1.270,91				(808)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			3.630.649,39		3.407
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			863.772,03		950
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	4.494.421,42	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			54.822.104,01		59.639
6. Provisionsaufwendungen			-14.286.236,53	40.535.867,48	-16.818
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				5.605.355,13	6.848
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-45.503.938,44			-42.499
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-13.332.196,08	-58.836.134,52		-13.010
darunter: für Altersversorgung	-6.778.901,16				(-5.330)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-55.259.869,93	-114.096.004,45	-52.678
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-3.972.003,42	-4.225
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-2.981.431,01	-7.124
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	-1.646.605,42				(-1.676)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-846.852,39		-3.885
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-	-846.852,39	-
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-		-7.016
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			3.560.250,76	3.560.250,76	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				67.895.808,38	24.612
20. Außerordentliche Erträge			-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-		-
22. Außerordentliches Ergebnis				-	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-22.487.258,77		-13.984
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-44.198,99	-22.531.457,76	-58
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-30.000.000,00	-
25. Jahresüberschuss				15.364.350,62	10.570
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				15.364.350,62	10.570
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-		-
				15.364.350,62	10.570
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-		-
29. Bilanzgewinn				15.364.350,62	10.570

III. Anhang

A. Allgemeine Angaben

- Die Sparda-Bank Südwest eG, Mainz, ist beim Amtsgericht Mainz unter der Genossenschaftsregister-Nummer 205 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

In der Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich im Vergleich zum Vorjahr keine Änderungen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit dem Nennwert ausgewiesen. Unterschiedsbeträge zwischen Auszahlungsbetrag und höherem Nennwert wurden – sofern Zinscharakter vorliegt – in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten bzw. Unterschiedsbeträge zwischen höherem Auszahlungsbetrag und dem Nennwert in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

Den latenten Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 Rechnung getragen. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgt über ein Expected-Credit-Loss-Modell, bei dem ein erwarteter Verlust über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ermittelt wird.

Die Berechnung des erwarteten Verlusts erfolgt unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt für alle unter den Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesenen Geschäften sowie für unter der Bilanz auszuweisende Eventualverpflichtungen und anderen Verpflichtungen (einschließlich unwiderruflicher Kreditzusagen). Im Hinblick auf unwiderrufliche Kreditzusagen und Eventualverpflichtungen erfolgt die bilanzielle Erfassung in Form einer Rückstellung.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere wurden zum Teil nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bewertet.

Der Buchwert des Anlagevermögens in A05 beträgt 468.687.971,62 EUR, der beizulegende niedrigere Zeitwert beträgt 446.104.654,50 EUR.

Der Buchwert des Anlagevermögens in A06 beträgt 1.203.522.491,72 EUR, der beizulegende niedrigere Zeitwert beträgt 1.146.983.918,05 EUR.

Wertpapierleihegeschäfte

Zum Bilanzstichtag bestehen Wertpapierleihgeschäfte mit einem Buchwert von insgesamt 466.753.000,00 EUR. Die Sparda-Bank Südwest eG ist Entleiher dieser Papiere. Das wirtschaftliche Eigentum liegt beim Verleiher, sodass kein Ansatz in der Bilanz der Sparda-Bank Südwest eG erfolgt.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Auf eine getrennte Bilanzierung konnte verzichtet werden, weil eingebettete derivative Finanzinstrumente keine wesentlich erhöhten oder zusätzlichen (andersartigen) Chancen oder Risiken im Vergleich zum Basisinstrument aufweisen.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert.

Treuhandvermögen

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. zum Nennwert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der entgeltlich erworbenen immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800,00 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Latente Steuern

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere bei Beteiligungen, denen aktive Steuerlatenzen in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapieren, Sachanlagen, sonstigen Vermögensgegenständen und Rückstellungen gegenüberstehen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der "Richttafeln 2018 G" (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen aus Anwartschaften auf Pensionen werden mittels modifiziertem Teilwertverfahren angesetzt. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert. Es wurden langfristige Lohn- und Gehaltssteigerungen für unterschiedliche Arbeitnehmergruppen in Höhe von 2,5 % und 3 % und zusätzlich eine Rentendynamik in Höhe von 1-3 % zugrunde gelegt. Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit 1,83 % (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf

Basis des von der Deutschen Bundesbank per September 2023 ermittelten Zinssatzes, der auf den Dezember 2023 fortgeschrieben wurde). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 740.927 EUR.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 23.488.553,21 EUR.

Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 20.997.986,49 EUR. Zur Rückdeckung von nicht versicherungsgebundenen Altersversorgungszusagen wurden Rückdeckungsversicherungen abgeschlossen. Nach Maßgabe des IDW RH FAB 1.021 werden für die kongruente Bewertung die Verpflichtungen aus Altersversorgungsleistungen mit dem korrespondierenden Buchwert der Rückdeckungsversicherung nach dem Primat der Aktivseite bewertet. Die Bewertung erfolgte anhand dem von der Versicherung gemeldeten Aktivwert.

Im übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs einschließlich der zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv/Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebene positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2023 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2023 in Höhe von 409.039.103,79 EUR betreffen 409.039.103,79 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt. Im Falle der Passivierung einer Rückstellung für noch nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen oder Eventualverbindlichkeiten wird der jeweilige Posten unter dem Strich in Höhe des zurückgestellten Betrags gekürzt.

Die widerrufenen und unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuches einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge		Umbuchungen (+/-)		a) Abgänge b) Zuschüsse		Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR			
Immaterielle Anlagevermögen Sachanlagen	2.067.067	69.182	-	a) 586 b) -	2.135.663	212.848	239.750			
a) Grundstücke und Gebäude	21.113.815	-	-	a) - b) -	21.113.815	6.933.357	7.324.710			
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	64.330.094	2.893.854	-	a) 2.243.746 b) -	64.980.202	10.585.729	11.313.282			
a	87.510.976	2.963.036	-	a) 2.244.332 b) -	88.229.680	17.731.934	18.877.742			

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugän- gen (ohne Ab- schreibungen Geschäftsjahr) (+)		Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)		Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)		Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstich- tag
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR			
Immaterielle Anlagevermögen Sachanlagen	1.827.317	-	586	-	-	96.084	-	1.922.815		
a) Grundstücke und Gebäude	13.789.105	-	-	-	-	391.353	-	14.180.458		
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	53.016.812	-	2.106.906	-	-	3.484.567	-	54.394.473		
a	68.633.234	-	2.107.492	-	-	3.972.004	-	70.497.746		

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)		Buchwerte am Bilanzstichtag
		EUR	EUR	
Wertpapiere des Anlagevermögens	1.625.654.811	46.555.652		1.672.210.463
Beteiligungen und Geschäftsgut- haben bei Genossen- schaften	34.332.728	-		34.332.728
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.858.134	-		1.858.134
b	1.661.845.673	46.555.652		1.708.401.325

Summe a und b	1.749.356.649	1.726.133.259
---------------	---------------	---------------

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind **1.604.191.262** EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	12.174.174	65.000.000	760.000.000	55.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	156.652.272	345.728.905	1.576.034.135	4.959.332.430

In den Forderungen an Kunden sind **21.440.601** EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr **211.919.354** EUR fällig.
- In den Forderungen und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	1.599.178.604	1.777.220.942
Schuldverschreibungen u. andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	62.968.557	130.298.665

- Wir halten Anteile an Sondervermögen sowie vergleichbaren EU-Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischem Investmentvermögen von mehr als 10% (Bilanzposten A6).

Anlageziele	Buchwert EUR	Zeitwert EUR	Differenzen (Zeitwert/ Buchwert) EUR	Erhaltene Ausschüttungen EUR	Tägliche Rückgabe Ja/Nein
Renditeerwartung	1.203.522.492	1.146.983.918	-56.538.574	-	Ja

Auf die im Anlagevermögen ausgewiesenen Wertpapiere wurden keine Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB vorgenommen. Die Wertminderungen werden von uns als voraussichtlich nicht dauerhaft beurteilt.

- Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR	
a) Sparda-Grundstücksverwaltungs-Geschäftsführungsgesellschaft mbH i.L., Saarbrücken	100,00	2021	155.649	2021	13.260	
b) Sparda-Grundstücks-Service-Gesellschaft mbH & Co. KG i.L., Saarbrücken	100,00	2021	1.832.570	2021	11.902	

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR	
DZ BANK AG, Frankfurt am Main						
Einzelabschluss	0,20	2022	10.638.000.000	2022	380.000.000	
Summacom GmbH & Co. KG, St. Ingbert	25,00	2023	2.886.230	2023	-285.926	

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	725.324.045	701.824.045	23.500.000	260.919.063
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	119.712.913	-	119.712.913	-

- In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
- Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	6.537.219
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.585.729

- Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Rückdeckungsversicherungen der DEVK	12.779.472
Provisionsansprüche	7.690.054

- In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A 3 Forderungen gegenüber Kreditinstituten	50.821.011	50.823.260
A 5 Festverzinsliche Wertpapiere	23.500.000	8.500.000

- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind **713.559.823** EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	18.255.609	11.335.264	68.845.540	641.729.201
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	21.881	156.558	26.219.113	-
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	97.654.244	694.955.497	334.279.536	10.000.000

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

SEPA-Verrechnungskonten	3.765.784
Verbindlichkeiten Atruvia	1.459.941
Verbindlichkeiten Finanzamt Abgeltungssteuer	1.747.019

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	713.559.823	767.699.815
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	36.796	12.702

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	EUR
a) der verbleibenden Mitglieder	159.055.364
b) der ausscheidenden Mitglieder	6.602.700
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	703.144
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR -

- Die Ergebnismrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR	Kapitalrücklage EUR
Stand 1. Januar 2023	52.568.750	276.350.000	35.285.275
Einstellungen			
- aus Bilanzgewinn des Vorjahres	1.077.503	7.150.000	-
Stand 31. Dezember 2023	53.646.253	283.500.000	35.285.275

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 4,000 %	6.565.230,92
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	1.549.119,70
Zuweisung zu den anderen Ergebnisrücklagen	7.250.000,00
Insgesamt	<u>15.364.350,62</u>

Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente Nichthandelsbestand

- Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte (§ 36 RechKredV) folgender Art: Zinsswaps und Zinsbegrenzungsvereinbarungen in Höhe von 1.555.000 TEUR (Adressrisiko 73.506 TEUR) wurden zu Absicherungszwecken geschlossen. Sie dienen insbesondere der Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos und zur Vermeidung der Risiken, die sich aus Marktpreisschwankungen ergeben. Auf eine Marktbewertung wurde daher verzichtet.
- Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestandes (einschließlich der in Bewertungseinheiten einbezogenen Derivate und einschließlich der in strukturierte Finanzinstrumente eingebetteten und getrennt bilanzierten Derivate). In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte (exklusive Stückzinsen), die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden (Nichthandelsbestand), zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Die Adressenausfallrisiken sind als ungewichtete Kreditrisikoäquivalente entsprechend den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften angegeben.

Angaben in Mio. EUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	<= 1 Jahr	> 1 – 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte Zins-Swaps (gleiche Währung)	175,0	105,0	1.275,0	1.555,0	115,0	-47,4

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts erfolgte bei Zinsswap-Vereinbarungen durch Diskontierung der zukünftigen erwarteten Zahlungsströme auf den Abschlussstichtag.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- Die Provisionserträge aus für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, resultieren insbesondere aus der Vermittlung von Investmentfonds, Bausparverträgen, Versicherungsverträgen, Krediten und Sparverträgen, Zertifikaten und Edelmetallen.

E. Sonstige Angaben

• Pfandbriefe

Die Sparda-Bank Südwest eG ist seit 08.07.2019 Pfandbriefbank.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgegliedert.

Da die Sparda-Bank Südwest eG das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen stellen wir nur die nach der RechKredV vorgesehenen Posten der Bilanz dar, deren Inhalte das Pfandbriefgeschäft betreffen.

Untergliederung von Posten der Bilanz auf Grund des Pfandbriefgeschäftes

Aktiva 3 – Forderungen an Kreditinstitute

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Hypothekendarlehen	-		-	
b) Kommunalkredite	-		-	
c) andere Forderungen	1.619.189.793	1.619.189.793	1.804.722.930	1.804.722.930
darunter:				
täglich fällig	727.015.619		923.994.958	

Aktiva 4 – Forderungen an Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Hypothekendarlehen	4.741.993.844		4.533.020.311	
b) Kommunalkredite	-		31	
c) andere Forderungen	2.317.194.499	7.059.188.343	2.281.449.188	6.814.469.530

Aktiva 14 – Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	-		-	
b) andere	2.603.322	2.603.322	2.360.710	2.360.710

Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	81.346.578		15.022.701	
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	-		-	
c) andere Verbindlichkeiten	713.655.672	795.002.250	767.803.404	782.826.105
darunter:				
täglich fällig	54.836.637		143.736.672	

Passiva 2 – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		10.112.673		-
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		-		-
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.623.809.863		2.163.617.187	
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist mehr als drei Monate	26.397.551	1.650.207.414	209.153	2.163.826.340
d) andere Verbindlichkeiten		7.602.830.204		7.334.660.478
darunter:				
täglich fällig	6.476.053.599		7.333.767.405	
Summe		9.263.150.291		9.498.486.818

Passiva 3 – Verbriefte Verbindlichkeiten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekendarlehen	-		-	
ab) Öffentliche Pfandbriefe	-		-	
ac) Sonstige Schuldverschreibungen	-	-	-	-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-		-
darunter:				
Geldmarktpapiere	-		-	
Summe		-		-

Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	-		-	
b) andere	134.421	134.421	134.334	134.334

Angaben nach § 28 PfandBG zum Hypothekendarlehenlauf

Angaben zu Gesamtbetrag und Laufzeitstruktur (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 7 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress ¹⁾	
	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs inkl. Derivate	90,00	15,00	94,74	13,77	78,77	11,17
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	307,02	83,40	289,88	73,76	236,44	61,35
% Fremdwährungsderivate v. Passiva	-	-	-	-	-	-
% Zinsderivate v. Passiva	-	-	-	-	-	-
% Fremdwährungsderivate v. Aktiva	-	-	-	-	-	-
% Zinsderivate v. Aktiva	-	-	-	-	-	-
Überdeckung in %	241,14	456,02	205,99	435,71	200,16	449,19
Gesetzliche Überdeckung ²⁾	3,80	0,59	1,89	0,54	-	-
Vertragliche Überdeckung	-	-	-	-	-	-
Freiwillige Überdeckung	213,22	67,81	193,25	59,45	-	-

¹⁾ Sowohl die Ermittlung des Risikobarwerts als auch des Währungsstresses erfolgt statisch.

²⁾ Die gesetzliche Überdeckungserfordernis setzt sich aus der barwertigen sichernden Überdeckung gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG und der nennwertigen sichernden Überdeckung gemäß § 4 Abs. 2 PfandBG zusammen.

§ 28 Abs. 1 Nr. 4 und 5 PfandBG Laufzeitstruktur, Zinsbindungsfrist und Fälligkeitsverschiebung	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse		Fälligkeitsverschiebung ³⁾	
	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
bis zu sechs Monate	-	-	2,82	0,34	-	-
mehr als sechs Monate bis zu zwölf Monaten	-	-	2,02	0,38	-	-
mehr als zwölf Monate bis zu 18 Monaten	-	-	12,43	0,42	-	-
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	-	-	2,19	0,48	-	-
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	10,00	-	5,05	11,28	-	-
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	-	-	22,57	1,26	10,00	-
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	-	-	19,56	6,84	-	-
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	70,00	15,00	108,45	24,84	35,00	5,00
über 10 Jahre	10,00	-	131,13	37,56	45,00	10,00

³⁾ Auswirkungen einer Fälligkeitsverschiebung auf die Laufzeitenstruktur der Pfandbriefe / Verschiebungsszenario 12 Monate.

§ 28 Abs. 1 Nr. 5 PfandBG Informationen zur Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe nach § 30 Abs. 2a PfandBG	31.12.2023	31.12.2022
Voraussetzungen für die Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe nach § 30 Abs. 2a PfandBG	Das Hinausschieben der Fälligkeit ist erforderlich, um die Zahlungsunfähigkeit der Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit zu vermeiden (Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit), die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit ist nicht überschuldet (keine bestehende Überschuldung) und es besteht Grund zu der Annahme, dass die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit jedenfalls nach Ablauf des größtmöglichen Verschiebungszeitraums unter Berücksichtigung weiterer Verschiebungsmöglichkeiten ihre dann fälligen Verbindlichkeiten erfüllen kann (positive Erfüllungsprognose). Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2b PfandBG.	Das Hinausschieben der Fälligkeit ist erforderlich, um die Zahlungsunfähigkeit der Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit zu vermeiden (Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit), die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit ist nicht überschuldet (keine bestehende Überschuldung) und es besteht Grund zu der Annahme, dass die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit jedenfalls nach Ablauf des größtmöglichen Verschiebungszeitraums unter Berücksichtigung weiterer Verschiebungsmöglichkeiten ihre dann fälligen Verbindlichkeiten erfüllen kann (positive Erfüllungsprognose). Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2b PfandBG.
Befugnisse des Sachwalters bei Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe nach § 30 Abs. 2a PfandBG	Der Sachwalter kann die Fälligkeiten der Tilgungszahlungen verschieben, wenn die maßgeblichen Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG hierfür erfüllt sind. Die Verschiebungsdauer, welche einen Zeitraum von 12 Monaten nicht überschreiten darf, bestimmt der Sachwalter entsprechend der Erforderlichkeit. Der Sachwalter kann die Fälligkeiten von Tilgungs- und Zinszahlungen, die innerhalb eines Monats nach seiner Ernennung fällig werden, auf das Ende dieses Monatszeitraums verschieben. Entscheidet sich der Sachwalter für eine solche Verschiebung, wird das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG unwiderlegbar vermutet. Eine solche Verschiebung ist im Rahmen der Höchstverschiebungsdauer von 12 Monaten zu berücksichtigen. Der Sachwalter darf von seiner Befugnis für sämtliche Pfandbriefe einer Emission nur einheitlich Gebrauch machen. Hierbei dürfen die Fälligkeiten vollständig oder anteilig verschoben werden. Der Sachwalter hat die Fälligkeit für eine Pfandbriefemission so zu verschieben, dass die ursprüngliche Reihenfolge der Bedienung der Pfandbriefe, welche durch die Verschiebung überholt werden könnten, nicht geändert wird (Überholverbot). Dies kann dazu führen, dass auch die Fälligkeiten später fällig werdender Emissionen zu verschieben sind, um das Überholverbot zu wahren. Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2a und 2b PfandBG.	Der Sachwalter kann die Fälligkeiten der Tilgungszahlungen verschieben, wenn die maßgeblichen Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG hierfür erfüllt sind. Die Verschiebungsdauer, welche einen Zeitraum von 12 Monaten nicht überschreiten darf, bestimmt der Sachwalter entsprechend der Erforderlichkeit. Der Sachwalter kann die Fälligkeiten von Tilgungs- und Zinszahlungen, die innerhalb eines Monats nach seiner Ernennung fällig werden, auf das Ende dieses Monatszeitraums verschieben. Entscheidet sich der Sachwalter für eine solche Verschiebung, wird das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG unwiderlegbar vermutet. Eine solche Verschiebung ist im Rahmen der Höchstverschiebungsdauer von 12 Monaten zu berücksichtigen. Der Sachwalter darf von seiner Befugnis für sämtliche Pfandbriefe einer Emission nur einheitlich Gebrauch machen. Hierbei dürfen die Fälligkeiten vollständig oder anteilig verschoben werden. Der Sachwalter hat die Fälligkeit für eine Pfandbriefemission so zu verschieben, dass die ursprüngliche Reihenfolge der Bedienung der Pfandbriefe, welche durch die Verschiebung überholt werden könnten, nicht geändert wird (Überholverbot). Dies kann dazu führen, dass auch die Fälligkeiten später fällig werdender Emissionen zu verschieben sind, um das Überholverbot zu wahren. Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2a und 2b PfandBG.

§ 28 Abs. 1 Nr. 6 PfandBG Liqui-Kennzahlen	31.12.2023	31.12.2022
Absolutbetrag der von Null verschiedenen größten sich ergebenden negativen Summe in den nächsten 180 Tagen i. S. d. § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG für die Pfandbriefe (Liquiditätsbedarf)	-	-
Tag an dem sich die größte negative Summe ergibt	-	-
Gesamtbetrag der Deckungswerte, welche die Anforderungen von § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG erfüllen (Liquiditätsabdeckung)	22,87	9,58
Liquiditätsüberschuss	22,87	9,58

§ 28 Abs. 1 Nr. 13 PfandBG Kennzahlen	31.12.2023	31.12.2022
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	100,00 %	100,00 %
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	100,00 %	100,00 %

§ 28 Abs. 1 Nr. 14 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung)	Zinsstress-Barwert der Deckungsmassen		Zinsstress-Barwert des Pfandbriefumlaufs	
	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
Fremdwährung	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 14 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung)	Wechselkurs		Nettobarwert in Fremdwährung		Nettobarwert in EUR	
	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
Fremdwährung	-	-	-	-	-	-

Zusammensetzung der ordentlichen Deckungswerte (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG Verteilung der Deckungswerte nach Größenklassen	31.12.2023	31.12.2022
bis zu 300 Tsd. €	228,92	60,65
mehr als 300 Tsd. € bis zu 1 Mio. €	52,66	12,76
mehr als 1 Mio. € bis zu 10 Mio. €	1,17	-
mehr als 10 Mio. €	-	-

§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und 1c PfandBG Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (I)	31.12.2023	31.12.2022
wohnwirtschaftlich	282,75	73,40
gewerblich	-	-

§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und 1c PfandBG Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (II)	31.12.2023	31.12.2022
Bundesrepublik Deutschland		
Eigentumswohnungen	40,16	5,56
Ein- und Zweifamilienhäuser	233,25	64,65
Mehrfamilienhäuser	9,27	3,20
Bürogebäude	-	-
Handelsgebäude	-	-
Industriegebäude	-	-
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	-	-
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	-
Bauplätze	0,07	-
Summe	282,75	73,41

Weitere Kennzahlen		31.12.2023	31.12.2022
§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG - Gesamtbetrag der Forderungen nach § 12 Abs. 1 PfandBG, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 Satz 2 2. Halbsatz PfandBG überschreiten	in Mio. EUR	-	-
§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG - Gesamtbetrag der Werte nach § 19 Abs. 1 PfandBG, die die Grenzen nach § 19 Abs. 1 Satz 7 PfandBG überschreiten	in Mio. EUR	-	-
§ 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG - volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (seasoning)	in Jahren	3,19	3,79
§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG - durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	in %	55,64	57,70
ordentliche Deckung (nominal)	in Mio. EUR	283,02	73,40
Anteil am Gesamtumlauf	in %	314,47	489,35

Zusammensetzung der weiteren Deckungswerte (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 12 PfandBG Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen überschreiten	31.12.2023	31.12.2022
§ 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	-	-
§ 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	-	-
§ 19 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 2 a) und b) PfandBG			
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
Staat	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
Keine	-	-	-	-
Frankreich	-	-	-	-
Luxemburg	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 3 a) bis c) PfandBG			
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
Staat	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
Keine	-	-	-	-
Frankreich	-	-	-	-
Luxemburg	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG	
	31.12.2023	31.12.2022
Keine	10,00	10,00
Frankreich	10,00	-
Luxemburg	4,00	-
Summe	24,00	10,00

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Summe	
	31.12.2023	31.12.2022
Staat		
Keine	10,00	10,00
Frankreich	10,00	-
Luxemburg	4,00	-
Summe	24,00	10,00

Übersicht über rückständige Leistungen (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 15 PfandBG	31.12.2023	31.12.2022
Anteil der rückständigen Deckungswerte gemäß Art. 178 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	- %	- %

§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	Gesamtbetrag der mind. 90 Tage rückständigen Leistungen		Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt	
	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
Staat				
Keine	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

ISIN-Liste der Inhaberpapiere

§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG ISIN-Liste nach Pfandbriefgattung (nur Inhaberpfandbriefe)	
31.12.2023	31.12.2022
-	-

Anhang des Jahresabschlusses

§ 28 Abs. 2 Nr. 5 PfandBG	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren mit gleichzeitigem Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	-	-	-	-
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen (Angaben in Mio. EUR)	-	-	-	-

Die im Deckungsregister aufgeführten Realkredite in Höhe von 283,02 Mio. EUR werden in der Bilanz unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die zur Deckung dienenden Wertpapiere in Höhe von 24 Mio. EUR (Nominalvolumen) sind in der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthalten.

- Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf **1.463.239** EUR, des Aufsichtsrats auf **404.000** EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene auf **2.128.514** EUR.
- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2023 Pensionsrückstellungen in Höhe von **43.698.286** EUR.

- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	413.089
Mitglieder des Aufsichtsrats	1.276.952

- Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von **17.540.508 EUR**.
- Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.
- Gemäß Teil 8 der CRR (Art 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.
- Die Zahl der im Jahr 2023 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	453,00	240,00

- Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

		Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
Anfang	2023	445.970	3.049.856
Zugang	2023	323	149.598
Abgang	2023	18.671	140.697
Ende	2023	427.622	3.058.757

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um

		EUR	462.852
Höhe des Geschäftsanteils	EUR	52	
		Höhe der Haftsumme	EUR
			-

- Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e.V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main

- Mitglieder des Vorstands:

Manfred Stang	Vorsitzender	Geschäftsleiter
Frank Jakob		Geschäftsleiter
Tobias Meurer		Geschäftsleiter

- Mitglieder des Aufsichtsrats:

Gitta Wild	Vorsitzende	Rechtsanwältin
Michael Hattemer	stellv. Vorsitzender	Bankkaufmann
Hugo Müller	stellv. Vorsitzender	Polizeidirektor
Ralf Damde		Angestellter
Anna Gabler		Ingenieurin
Thomas Huck		Versicherungsregionaldirektor
Patrick Kockler		Bürokaufmann
Ulrich Möhler		Nachrichtenredakteur
Ruben Schölles		Rechtsanwalt und EDV-Anwendungsberater
Pia Puhl		Dipl.-Betriebswirtin
Ernst Scharbach		Polizeidirektor
Ulrich Schmidt		Senior-Referent/Büroleiter des Gesamtbetriebsrates
Michael Schneider		Bankkaufmann
Nadine Schwarzkopf		Bankbetriebswirtin
Michael Zapp		Beamter/stellv. Vorsitzender des BesPR Mitte

Mainz, den 31. Januar 2024
(Ort, Datum)

Sparda-Bank Südwest eG
(Firma der Genossenschaft)

Der Vorstand

Manfred Stang
Vorstandsvorsitzender

Frank Jakob

Tobias Meurer

Anlage zum Jahresabschluss

gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2023
(„Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparda-Bank Südwest eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank Südwest eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privatkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank Südwest eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge.
Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2023 186.232 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 600,93.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 67.896 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 22.487 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die Sparda-Bank Südwest eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Südwest eG, Mainz

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Südwest eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2023 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft. Im Lagebericht wird auf die Veröffentlichung des gesonderten nichtfinanziellen Berichts nach §§ 289b bis 289e HGB verwiesen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich unsere inhaltliche Prüfung nicht auf diesen gesonderten nichtfinanziellen Bericht.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt des oben genannten gesonderten nichtfinanziellen Berichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO

erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Bewertung der Wertpapiere

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 7.059 Mio. EUR. Dies entspricht 64,4 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Bewertung der Wertpapiere

- a) Die Wertpapierbestände (Aktivposten 5 und 6) belaufen sich auf insgesamt 2.097 Mio. EUR. Dies entspricht 19,1 % der Bilanzsumme. Davon werden wesentliche Teile im Jahresabschluss 2023 wie Anlagevermögen bewertet. Durch die Bewertung wie Anlagevermögen wurden außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich nicht dauernden Wertminderungen in

Höhe von 79 Mio. EUR vermieden. Bei der Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens liegen in einem hohen Maß Einschätzungen und Annahmen sowie Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter im Hinblick auf die Abschreibungen bei Vorliegen von nicht dauerhaften Wertminderungen zugrunde. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass wesentliche Annahmen und Parameter nicht sachgerecht berücksichtigt werden bzw. Ermessensspielräume nicht sachgerecht genutzt werden. Es besteht ein Risiko, dass falsche Wertpapierkurse für die Ermittlung von möglichen Ab- und Zuschreibungen der Wertpapiere herangezogen werden oder Ab- und Zuschreibungsbeträge falsch ermittelt werden. Daher ist die zutreffende Bewertung der Wertpapiere angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die Bestände von Wertpapieren analysiert, deren Bewertungen mit erhöhter Ermessensentscheidung behaftet sind. Anhand ausgewählter Einzelfälle haben wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Ermessensentscheidungen und genutzten Bewertungswahlrechte risikoorientiert im Hinblick auf erhöhte Bewertungsunsicherheiten nachvollzogen. Bei Verzicht auf Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert bei Wertpapieren des Anlagevermögens haben wir beurteilt, ob die Wertminderung lediglich von vorübergehender Natur ist. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand einer Auswahl von Wertpapieren von der ordnungsgemäßen Bewertung zum Stichtag überzeugt. Die von der Genossenschaft dabei herangezogenen Stichtagskurse haben wir für die von uns ausgewählten Wertpapiere mittels externer Quellen validiert. Daneben haben wir uns unter Berücksichtigung des bisherigen Buchwerts und der historischen Anschaffungskosten der Wertpapiere von der sachgerechten Ermittlung von Abschreibungsbeträgen unter Beachtung des strengen [bzw. gemilderten] Niederstwertprinzips sowie der korrekten Ermittlung von Zuschreibungsbeträgen überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Wertpapieren sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289b bis 289e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt.

Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder

insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Stefan Werbick.

Frankfurt am Main, den 28. Mai 2024

Verband der Sparda-Banken e.V.

gez. Stefan Werbick
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber

Sparda-Bank Südwest eG

Gestaltung

siro Production GmbH, Neunkirchen

Sparda-Bank Südwest eG

Robert-Koch-Straße 45

55129 Mainz

www.sparda-sw.de

kontakt@sparda-sw.de

Sparda-Bank